

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Broschüre monatlich 1.50 RM,
jährlich 18 RM, monatlich 1.50 RM,
wöchentlich 30 Pf, frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Mittwoch, den 14. März 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Aufhebung der Duma-Sitzungen.

Lebhafte Gefechtsbewegung an der Westfront. — Neue feindliche Aufstürme gegen Höhe 185. — Erfolgreiche Stoßzüge in Ostgalizien. — Französischer Angriff in Mazedonien.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 13. März 1917. (W. Z. A.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Arras machten englische Abteilungen nach Feuerberechtigung auf breiter Front bei Beaurains einen Vorstoß, der verlustreich fehl schlug.

In der Ancre, zwischen Abre und Dife, westlich von Soissons, in der Champagne und auf beiden Moselfronten war die Gefechts-tätigkeit lebhaft.

Nördlich der Ancre drangen französische Kompagnien gegen unsere Stellungen vor; sie wurden durch Feuer vor den Hindernissen zur Umkehr gezwungen.

Südlich von Ripont griffen die Franzosen nach Trommelfeuer wiederum unsere Stellungen an. In zäher Gegenwehr wurde die hoch umstrittene Höhe 185 gegen überlegene Kräfte gehalten; eug begrenzten Raumgewinn am Südwesthang erliefte der Feind mit blutigen Opfern.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Mehrere Abschnitte lagen bei Karer Sicht unter russischer Artilleriewirkung, die kräftig erwidert wurde.

Nördlich der Bahn Bieczow-Tarnopol führten unsere Stoßtruppen mit Umsicht und Schneid ein Unternehmen durch, bei dem 3 Offiziere, 390 Russen gefangen, 13 Maschinengewehre erbeutet wurden.

Auch bei Brzezany und an der Karajowka brachten uns Vorstöße in die russischen Linien Gewinn an Gefangenen und Beute.

In der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der Detachmentgruppe des Generalfeldmarschalls von Radensky

ist bei geringen Vorfeldgefechten die Lage unverändert geblieben.

Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespa-See griffen französische Bataillone unsere Stellungen an; sie sind abgewiesen worden.

Bombenangriffe unserer Fluggeschwader auf Bahnhof Vertebop (südlich von Sobena) erzielten Treffer, die lange beobachtete Brände hervorriefen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 13. März, Abends.
Lebhafte Gefechts-tätigkeit an der Ancre, südlich der Ancre und in der Champagne.

Im Osten brachte ein Vorstoß an der Karajowka über 250 Gefangene ein.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. März 1917. (W. Z. A.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Raum südlich und östlich von Brzezany mehrere erfolgreiche Vorfeldunternehmungen.

Nördlich der von Bieczow nach Tarnopol führenden Bahn hielten unsere Stoßtruppen 3 Offiziere, 320 Mann und 13 Maschinengewehre aus den russischen Gräben.

In Molydaen setzte stärkere Kampf-tätigkeit ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechts- und Minenwerferkämpfe auf der Karajowka und im Wipysch tate hielten Tag und Nacht an.

Auf der Cima di Costabella wurde ein schwächerer italienischer Angriff abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In der Landenge zwischen Ohrida- und Prespa-See schlugen österreichisch-ungarische, deutsche und bulgarische Abteilungen einen französischen Vorstoß zurück.

Ereignisse zur See.

Am 12. dieses vor Tagesanbruch hat eines unserer Seeflugzeuggeschwader die militärischen Anlagen von Salonica angegriffen und Bomben im Gesamtgewicht von 1200 Kilogramm mit sichtsicherer Wirkung abgeworfen.

Zwei russische Zerstörer bombardiert.
Berlin, 13. März. Amlich. Deutsche Seeflugzeuge haben am 12. März zwei russische Zerstörer der Wilky-Klasse, die sich im Anmorch auf Konstanz befanden, mit Bomben angegriffen und zur Umkehr gezwungen.

Neuer Ministerwechsel in Oesterreich-Ungarn?
Graf Lam-Martiniß soll gehen, meldet die „Frankfurter Zeitung“.

Beide chinesische Kammern für Abbruch der Beziehungen.
Peking, 11. März. (Neuermeldung.) Das Abgeordnetenhause hat in geheimer Sitzung die Politik der Regierung einschließlich des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland mit einer Mehrheit von 300 Stimmen gutgeheißen.

Duma und Reichsrat.
Aufhebung der Sitzungen.

Petersburg, 12. März. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Zwei kaiserliche Erlasse ordnen die Aufhebung der Sitzungen der Reichsduma und des Reichsrats vom 11. März ab und ihre Wiederaufnahme im April 1917 oder später den außerordentlichen Umständen entsprechend an.

Die Hungerstürme in den Straßen der russischen Städte sind von Sturmstürmen in den Säulern des Parlaments begleitet gewesen. Nur lose Einzelheiten werden über das, was sich in Duma und Reichsrat begeben hat, bekannt: in der Duma die Forderung Protopopows auf Vermehrung der politischen Polizei und im Reichsrat ein Zusammenprall der liberalen Opposition mit der Rechten, gegen die in einem Atem der Vorwurf geschleudert wurde, sie lasse das Volk verkommen und kämpfe nur für die Deutschen.

Es ist jetzt noch ganz unmöglich, die Bedeutung der Aufhebung der Parlaments-sitzungen zu zeichnen. Nur das eine ist klar, daß die Klust zwischen Regierung und Volksvertretung von ihrer Breite nichts verloren hat. Aber der Schlag der Regierung richtete sich gegen Körperschaften, die sich mit großen Mehrheiten dafür eingesetzt haben, daß der Krieg weiter währe. Führte sie den Schlag, weil sie sich dieser Begeisterung trotzdem sicher weiß, oder sing die Begeisterung an, ihr fürchterlich zu werden? Die Frage sei nur gestellt, um anzudeuten, wie verwickelt der Zusammenhang der Aufhebung der Parlaments-sitzungen mit den Vorgängen der innen Kriege Rußlands sein kann.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Politische und parlamentarische Zustände in beiden Reichshälften des Donauraumes sind ungelöst und unbestimmt. Der häufige Ministerwechsel ist der anschauliche Ausdruck, daß weder eine feste Orientierung gefunden, noch der richtige Mann zur Uebervindung aller Widerstände entdeckt wurde.

Das ist das Ziel der Gegner! Und jede Stimme, die für Wehring abgegeben wird, wird drüber als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß dieses Ziel erreichbar ist.

Genosse Stahl wird sich der sozialdemokratischen Fraktion

Potsdam-Spandau-Osthavel-land.

Heute wird im Reichstagswahlkreise Potsdam-Spandau-Osthavel-land gewählt. Die Wahl, die sich hier vollzieht, steht einzig da in der Geschichte. Zwei Kandidaten bekämpfen einander, die bis vor kurzem beide noch ein und derselben Partei angehört: der Sozialdemokrat! Von ihnen aber ist jetzt nur noch einer Mitglied der sozialdemokratischen Partei, und das ist der Gewerkschaftsbeamte Genosse Emil Stahl.

Jede Stimme, die in Potsdam-Spandau gegen Stahl abgegeben wird, bedeutet einen Abfall von der Sozialdemokratie und eine Schwächung der Arbeiterbewegung. Ein paar tausend Stimmen für Wehring wären ein Schaden für die Partei, aber für niemand ein Nutzen.

Die Gruppe, die in Potsdam-Spandau gegen die Sozialdemokratie im Vorkampfe steht, wird zwar von der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“ unterstützt, ist aber mit dieser nicht zu verwechseln. Bekanntlich haben sich die von der Partei abgespaltenen Elemente wieder in drei Gruppen gespalten, die einander so heftig beschaden, wie sie gemeinsam die Partei bekämpfen.

Jeder, der sich eine neue Theorie ausstiftet, bildet eine Partei für sich! Jeder, der mit der Taktik der Partei in einer bestimmten Frage nicht einverstanden ist, gründet eine Sonderorganisation! Wohin würden wir kommen, wenn nach solchen Grundfragen verfahren würde? Binnen kurzem würde die Arbeiterbewegung zum Gespött ihrer Gegner werden!

Die „Arbeitsgemeinschaft“ erklärt, mit der Sozialdemokratie in der Frage der Landesverteidigung übereinzustimmen, sie stimmt aber mit ihr in der Frage der Kreditbewilligung nicht überein, also geht sie hin und gründet eine Sonderorganisation. Die „Arbeitsgemeinschaft“ und die „Spartakusgruppe“ sind wieder in der Frage der Kreditbewilligung einig, aber in der Frage der Landesverteidigung gehen ihre Meinungen auseinander: also müssen sie jede für sich eine „Organisation“ haben.

Der Gegenkandidat des Genossen Stahl ist von der „Spartakus“-Gruppe aufgestellt. Man hat für ihn Stimmen zu fangen gesucht, indem man darauf hinwies, daß er der Geschichtsschreiber der sozialdemokratischen Partei und ein grundgelehrter Mann sei. Das bestreitet ihm niemand, aber bekanntlich sind es manchmal die geschicktesten Leute, die die größten Dummheiten machen.

Die sozialdemokratische Partei in Potsdam-Spandau kämpft nicht gegen Wehrings Verlor, sondern gegen die ver-schrobene Idee, die er augenblicklich vertritt. Und auch das tut sie nicht aus Freude an solchem Kampf, sondern aus bitterer Notwendigkeit.

Gätten jene Wähler, die Wehring ihre Stimme geben wollen, eine Vorstellung davon, wie die Wahl Wehrings auf das Ausland wirken möchte, sie würden sich noch rasch einig machen bestimmen. Aber soviel sollte heute doch jeder wissen, daß die Gegner durch Ablehnung des deutschen Friedensangebots den Willen gezeigt haben, Deutschland niederzukämpfen, sein Gebiet zu verstimmen und seiner Bevölkerung Kriegsschädigungen aufzuerlegen.

Das ist das Ziel der Gegner! Und jede Stimme, die für Wehring abgegeben wird, wird drüber als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß dieses Ziel erreichbar ist. Es kommt gar nicht darauf an, ob diese Auslegung richtig ist oder nicht. Aber man muß mit der Tatsache rechnen, daß jede Stimme, die hier gegen die vermeintliche deutsche Er-oberungspolitik abgegeben wird, drüber als Hilfeleistung angesehen wird für die feindliche, gegen Deutschland gerichtete Eroberungspolitik. Und vor solcher Hilfeleistung sollten wir uns hüten! Die andern sind ohnehin an Zahl vier- bis fünfmal so stark wie wir. Sie brauchen nicht noch Hilfe von innen.

im Reichstag anschließen. Die sozialdemokratische Fraktion ist aber die einzige, die wirklich für den Frieden gearbeitet hat. Kann in Deutschland etwas zur rascheren Herbeiführung des Friedens geschehen, so kann es nur durch die große sozialdemokratische Fraktion bewirkt werden, nicht durch die kleine Gruppe der „Arbeitsgemeinschaft“ und erst recht nicht durch Mehring, der links von der „Arbeitsgemeinschaft“ zusammen mit dem Abg. Nölde eine Zweimännerfraktion bilden würde.

Es ist zuzugeben, daß die unerhörte, noch nicht dagewesene Parteikonstellation des Wahlkreises auf manchen Wähler verwirrend wirken kann. Denn der Kandidat der sozialdemokratischen Partei wird auch von den bürgerlichen Parteien unterstützt, während sein Gegner von ihnen bekämpft wird. Aber auch diese seltsame Erscheinung ist nur eine Wirkung des Krieges, die sich nach seinem Abschluß nicht wiederholen wird. Ueberall, auch in Potsdam-Spandau, wird dann wieder die sozialdemokratische Partei mit den bürgerlichen Parteien um den Sieg zu ringen haben. Wenn dann die Partei in Potsdam-Spandau gespalten und zersplittert ist, wird der Kreis eine sichere Beute der Gegner sein.

Je weniger Stimmen für den Abplünderungslandkandidaten abgegeben werden, desto größer ist also die Aussicht, den Kreis später im Kampfe gegen die Gegner der Partei zu behaupten.

Sei es auch das Elend des Krieges, sind die Ernährungs-schwierigkeiten Gründe des Unmuts genug, und so könnte mancher glauben, er könne gegen die bestehenden Zustände durch die Wahl Mehrings scharfer protestieren als durch die Wahl Stahls. Aber es sind doch gerade die Gewerkschaften — deren tätiges Mitglied Stahl ist —, die den allerheftigsten Kampf gegen die Mißstände in der Volksernährung führen, und diesen Kampf mitzuführen ist Genosse Stahl als Praktiker der Arbeiterbewegung besonders geeignet. Auch hier gilt es: was durchgesetzt werden kann, das können nur die Partei und die Gewerkschaften, das kann nur das große Ganze der Arbeiterbewegung durchsetzen. Politische Eingänge aber vermag nichts!

Darum kann uns — so unerfreulich dieser Wahlkampf an sich war — auch der Sieg Stahls freuen und er wird uns um so mehr freuen, je vollkommener er sein wird. Denn es gilt, einen Anschlag auf die innere Geschlossenheit der Arbeiterbewegung abzuwehren, es gilt zu zeigen, daß die Sozialdemokratie auch nach dem Kriege eine mächtige, aufwärtsstrebende Partei sein wird und nicht ein wirrer Haufen, der durch Uneinigkeit und Gruppenstreit zur Ohnmacht hinabsinkt.

Wer gegen Stahl stimmt, zerstreut damit das Band, das ihn mit der sozialdemokratischen Partei verbindet und kann sich ehrlicherweise nicht mehr als Sozialdemokraten bezeichnen. Denn für die Sozialdemokraten im Kreise Potsdam-Spandau-Nishavelland gibt es keinen anderen Kandidaten, als den Kandidaten der Einigkeit: den Genossen Emil Stahl!

## Die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe.

Washington, 13. März. (Reuter.) Das Staatsdepartement hat allen fremden Vertretern hier mitgeteilt, daß die amerikanischen Schiffe, die die deutsche Seesperre durchfahren, zum Schutze des Schiffes und der an Bord befindlichen Personen bewaffnet sein werden. Es ist nicht klar, ob die Bewaffnung obligatorisch sein wird, doch wird das Marineministerium alle Schiffe bewaffnen, die um eine Bewaffnung bitten.

Washington, 13. März. Reutermeldung. Das Staatsdepartement hat beschlossen, fremde Handelsschiffe aus amerikanischen Häfen auszullaxieren, selbst wenn sie sowohl vorn wie hinten bewaffnet sind.

Washington, 13. März. Reutermeldung. Die Arbeiterorganisationen des Landes haben durch ihre Vertreter einstimmig ihre Dienste auf jedem Tätigkeitsgebiet angeboten, falls die Vereinigten Staaten in den Krieg gezogen würden.

Bei dieser Reutermeldung hat man an die von Sam Compers geleiteten Gewerkschaften zu denken. Im Verlauf des Krieges hat Compers seine Haltung so gewählt und deutlich ausgesprochen, daß man ihn durchaus als den Parteigänger Wilsons zu betrachten hat. Er steht auf dem Standpunkt, daß die nationalen Verpflichtungen für die Arbeiterschaft richtunggebend zu sein haben.

### Deutschland und Amerika.

Graf Bernstorff ist gestern Abend mit seinem Vorkameralenpersonal in Berlin eingetroffen. In Kopenhagen hat er mit dem Hauptkonsul Eduard von „Danziger Fremdenblatt“ ein Gespräch geführt, in dem er sagte:

„Alle amerikanischen Behauptungen über deutsche Intrigen in Haiti, Kuba, Kolumbien usw. sind Märchen. Ich kann auf das Bestimmteste erklären, daß, solange ich den Posten des Kaiserlichen Vorkameralen in Washington bekleide, niemals auch nur das leiseste Anzeichen zu meiner Kenntnis gelangt ist, daß die Kaiserliche Regierung die Politik der genannten und anderer mittel- und südamerikanischer Staaten in einem der Union feindlichen Sinne zu beeinflussen versucht hat. In ganz Mittel- und Südamerika, insbesondere auch in Mexiko, haben wir stets ausschließlich wirtschaftliche Ziele verfolgt und selbst die Wege der großen wirtschaftlichen Interessen, die wir in allen diesen Ländern besitzen, haben wir zumeist hintangestellt, um die Empfindlichkeit der Vereinigten Staaten zu schonen, selbst in dem Augenblicke, wo die deutsche Regierung den Entschluß faßte, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu beginnen und wo sie nach der bisherigen Haltung der amerikanischen Regierung mit der Verwirklichung der wiederholten amerikanischen Kriegsdrohungen rechnen mußte, hat ihr als wichtigstes politisches Ziel die Aufrechterhaltung der Neutralität der Vereinigten Staaten vorgeschwebt.“

Von der Schweizer Grenze wird der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet: Der New Yorker Korrespondent ist ermächtigt mitzutheilen, daß Wilson und seine Minister der Meinung sind, daß der Krieg mit Deutschland innerhalb eines Monats ausbrechen wird.

## Der Krieg auf den Meeren. Seesperre und Versenkungen.

Oslo, 12. März. Das Korrespondenzbureau erzählt, daß das Fischerfahrzeug „Blauvingen“ Nr. 100 in Hoel von Holland die Besatzung des norwegischen Dampfers „Thode“ bogelend (4352 Dr.-Reg.-T.) gelandet hat, der gestern nachmittags ungefähr um 4 Uhr von einem deutschen U-Boot in 2 Grad 58 Minuten östlicher

Länge und 51 Grad 54 Minuten nördlicher Breite mit Bomben zum Sinken gebracht wurde. Die ganze Besatzung ist gerettet.

Kristiania, 12. März. (Meldung des norwegischen Telegrammbureaus.) Der Gaugfunder Dampfer „Lars Fossum“ wurde in der Nordsee außerhalb der Gefahrenzone versenkt. Die Mannschaft wurde in Fendrothe gelandet.

Das Grimsfader Segelschiff „Silas“ (750 Dr.-Reg.-T.) wurde versenkt.

Der Christiansfunder Dampfer „Asbjörn“ (3450 Dr.-Reg.-T.) wurde in der Nordsee außerhalb der Gefahrenzone versenkt. Ein Schiffsoffizier wurde getötet, drei Leute sind krank oder verwundet. Das Schicksal der übrigen Besatzung ist unbekannt.

Das Tvedestrander Segelschiff „Spartan“ (2287 Dr.-Reg.-T.) wurde außerhalb des Nordseeperrgebietes versenkt. Die Mannschaft wurde in Island gelandet.

Rotterdam, 12. März. Am Donnerstag wird eine Anzahl von Frachtdampfern von hier nach New York abfahren, um Lebensmittel für die Regierung zu holen.

Stockholm, 12. März. „Stockholms Dagblad“ erzählt aus Götterburg, daß man dort mit dem Plan umgeht, die Schifffahrt zwischen Schweden und Holland wieder aufzunehmen. Zwei neue Feuerschiffe sollen durch die freie Zone zwischen dem deutschen und dem englischen Sperrgebiet den Weg weisen.

Oslo, 13. März. (Frk. Bl.) Da nach deutscher amtlicher Mitteilung vom 13. März ab die nördliche Fahrerinne, die bei Idstveit verbreitert worden ist, absolut sicher sein wird, wird das holländische Motorschiff „Gallia“ von Rotterdam am genannten Tage die Reise über Halifax nach New York antreten.

## Der Umkreis der U-Boot-Wirkungen.

Das Stockholmer „Svenska Dagblad“ schreibt: Reuters Hauptstadt, daß die U-Boot-Besatzung der „Salmiti-Expedition“ ungefährlich sei, steht in direktem Widerspruch mit den Tatsachen. Die U-Boot-Gefahr im Mittelmeer wird am besten beleuchtet durch die Verlegung des Güterverkehrs auf französische und italienische Eisenbahnen.

„Laut „Temps“ besprach der Zentralkongress der französischen Reeder vorgestern die Frage der staatlichen Seeverversicherung gegen Kriegsrisiken. Seit einem Jahre habe der U-Boot-Krieg die Seeverversicherungen derart in die Höhe getrieben, daß trotz der augenblicklichen ungeheuren Frachtpreise die Reeder nicht mehr auf die Kosten kämen. So sei für ein Kohlendampfer von England nach Frankreich eine Seeverversicherung von 120 000 Franc verlangt worden, während der Logwert der Fracht nicht 60 000 Franc übersteige habe. Diese Umstände müßten zur Verlegung der gesamten Handelsflotte und in deren Gefolge zu Mangel und Teuerung führen.

Das Zentralkomitee sei der Ansicht, daß durch den von der Regierung in der Kammer eingebrachten Antrag auf staatliche Verlegung von 8 Proz. für Dampfer und 4,5 Proz. für Segelschiffe keine Besserung erzielt werden könne, weil der Ausgleich zwischen den Kosten und der Einnahme nicht hergestellt werde. Man stehe vor der Wahl, entweder eine obligatorische billige Staatsversicherung einzurichten oder neue Teuerungen auf sich zu nehmen.

Der Ausschuß der französischen Kammer für den Seekrieg nahm am Montag einen Vorschlag Coude an, der die Regierung auffordert, unverzüglich eine Oberleitung zu schaffen, die damit beauftragt ist, einen Verteidigungs- und Angriffsmunterseebot-Krieg ins Leben zu rufen und nachdrücklich zu führen.

„Stockholms Dagblad“ schreibt: Die deutsche Ausrüstung an der Küste von Ceylon und Südafrika sei ein erstaunlicher Beweis für die rücksichtslose deutsche Energie. Die englischen Rationierungsbestimmungen und die Klagen der französischen Kammer beweisen, daß die nachstehenden in beiden Ländern nicht den Glauben teilen, daß der U-Boot-Krieg seinen Kulminationspunkt bereits erreicht habe. Es sei noch immer ungewiß, wann der Kriegsausbruch mit Amerika zu erwarten sei.

## Die Neutralitätsprobe der Princeß Melita.

Wolffs Bureau teilt mit: Nach Meldungen aus Holland werden sich einige Zeitungen gegen das Wolffsche Telegramm, das der deutschen Öffentlichkeit Auskunft über die Rechtslage gab, die infolge Einlaufens des englischen bewaffneten Dampfers Princeß Melita entstanden war. Die Zeitungen melden aber gleichzeitig, daß nach der amtlichen Erklärung des holländischen Marinestabes Princeß Melita am 5. März abends in Hoel von Holland eingelaufen und erst nach der ausdrücklichen Aufforderung dazu wieder ausgefahren ist. Am 6. März sei sie dann wegen angeblichen Wassermangels und Krankheit an Bord wieder eingelaufen.

Dazu sagt Wolffs Bureau: Nichts ist besser geeignet, die Rechtsauffassung, wie sie in Wolffs Telegramm zum Ausdruck kam, zu unterstützen, als diese Feststellung, Princeß Melita, ein bewaffnetes und deshalb ein in einem Kriegsschiff gleich zu stellendes Schiff hat hiernach mit voller Rücksicht und ohne durch Gavarie oder sonst gezwungen zu sein, einen holländischen Hafen angelaufen und hat sich hierfür auch nicht einmal, wie früher gemeldet wurde, auf Wassermangel oder Krankheit an Bord berufen. Ein Blick in die niederländische Neutralitätserklärung zeigt aber, daß damit der Zustand der Heberzeugung des Art. 4 erfüllt war, daß also eine offensichtliche Verletzung der niederländischen Neutralität vorlag.

## Englands grimmigste Gefahr.

Die große Rede über die U-Boot-Gefahr, die Lloyd George am 23. Februar im Unterhause gehalten hat, ist jenseit der englischen Grenzen nur in kurzem Auszuge bekannt geworden. Aus dem genauen Wortlaut hört man jetzt einiges durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Helfferich, der sich darüber zu einem Vertreter des Budapester „Nz Est“ äußerte. Dr. Helfferich sagte u. a.:

„Lloyd George liebt die Offenheit. Er hat seinem Parlament ohne Umschweife gesagt, daß unser U-Boot-Krieg die grimmigste Gefahr ist, die England je bedroht hat. Er hat zwar die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen möchte, Mittel zu finden, um die U-Boote wirksam zu bekämpfen, aber er hat hinzugefügt: Wir wären verberberischer Tollheit schuldig, wenn wir uns auf diese Hoffnung verlassen wollten.“ Es war für mich eine Genugtuung, daß Lloyd George öffentlich in fast allen Punkten die Richtigkeit meines Urteils über die Verhältnisse bestätigte, auf die wir unsere Zubereitung beim U-Boot-Krieg setzen. Er hat bestätigt, daß im abgelaufenen Jahre nur noch eine Tonnage von 30 Millionen Tonnen die englischen Häfen gegen 50 Millionen Tonnen im letzten Friedensjahre anliefern, und daß girt die Hälfte der englischen Flotte durch unmittelbare Kriegszwecke in Anspruch genommen ist. Er hat anerkannt, daß es nur ein Mittel gibt, der grimmigsten Gefahr zu entgehen, nämlich, daß England sich mit aller Schleunigkeit von aller Einfuhr unabhängig macht.“

Dr. Helfferich bezweifelt durchaus, daß England imstande sei, die Einfuhr an Holz und Eisen durch Steigerung der eigenen Produktion wettzumachen. Woher sollen die Arbeitskräfte kommen? Drittens die Lebensmittel! Dr. Helfferich fährt fort:

„Lloyd George stellt fest, daß 70 bis 80 Prozent des englischen Bedarfs an Getreide durch das Ausland gedeckt werden, und er fügt hinzu: Im gegenwärtigen Augenblicke sind unsere Lebensmittelbestände niedrig, alarmierend niedrig, als sie jemals zu dieser Jahreszeit gewesen sind.“ Man hätte das bei Kriegsbeginn ins Auge fassen müssen; jetzt müßte in sechs Wochen geschehen, was vor zwei Jahren hätte geschehen können. „Jetzt ist der Pfund unsere Hoffnung.“ Nach Lloyd George kann England der „grimmigsten Gefahr“ nur entgehen, wenn das britische Weideland umgedreht und mit Getreide, Kartoffeln und anderen nützlichen Dingen besetzt wird. Er will alles bewilligen, was helfen kann, das Ziel zu erreichen: Mindestpreise für sechs Jahre, Mindestarbeitslöhne usw. „Das Land ist sich jetzt klar, wie nie zuvor über die Lebenswichtigkeit des Ackerbaues für die Gesamtheit. Und was auch kommen möge, der Ackerbau wird niemals wieder von irgendeiner Regierung vernachlässigt werden.“ Die Erkenntnis kommt zu spät. Die Winterbestellung ist erheblich hinter derjenigen der Vorjahre zurückgeblieben. Die Frühjahrbestellung wird das Laun einholen können. Auch wenn, wie englische Zeitungen berichten, die Pflüge des Nachts bei Abzweigen arbeiten. Noch weniger aber ist es möglich, in den wenigen Wochen, die noch zur Verfügung stehen, einen nennenswerten Vorsprung in der Anbaufrage gegenüber den früheren Jahren zu gewinnen. Ganz abgesehen von dem Mangel an Arbeitskräften, Arbeitsvieh und Düngemitteln. Aber selbst wenn die Energie eines Lloyd George das Unmögliche möglich machen sollte: Bis zur nächsten Ernte bleibt England auf die Zufuhr von außen angewiesen, in einem Maße wie nie zuvor; und hier werden unsere U-Boote die Lebensader des Inselreichs treffen.“

England, sagt der Staatssekretär, sei also dazu gekommen, sich selbst zu blockieren, nachdem seine Blockade gegen die Zentralmächte versagt habe. Aber auch die Selbstblockade werde ihm nichts helfen. Lloyd George hoffe durch rigorose Einfuhrverbote für alles, was irgend überflüssig ist, sich den Griffen der deutschen U-Boote zu entziehen. Er tröste seine Bundesgenossen, daß es besser sei, die für sie wertvolle Zufuhr zu verlieren, als den Krieg. Damit er zweifellos recht habe. „Aber sie werden beides verlieren.“

Dr. Helfferich sagt seine Zweifel an Lloyd Georges Reden in den Schlussworten zusammen: „Alles in allem vermag Lloyd George mit seinen rigorosen Maßnahmen kaum mehr als 1 1/2 Millionen Tonnen für das Jahr zu sparen. Das sind 3 Prozent der Tonnage, die England in Friedenszeit anliefern.“ Daran sei zu erkennen, auf wie schmaler Grundlage Lloyd Georges Hoffnung beruhe, der „grimmigsten Bedrohung“ Englands Herr zu werden.

## Der neue Ansturm auf Höhe 185.

### Der englische Angriff bei Beauraine.

Berlin, 13. März. (B. L. W.) An der Höhe 185 südlich Ripont haben sich die Franzosen abermals blutige Kämpfe geholt. Nach verhältnismäßig ruhig verlaufenem Vormittag griffen sie nach außerordentlich heftiger Feuerbereitschaft mit allen Kalibern um 4,30 Uhr nachmittags die dortigen neuen deutschen Stellungen mit überlegenen Kräften an. Vorübergehend gelang es ihnen, auf dem Südwesthang der Höhe in ein schmales Grabenstück einzudringen. In erbitterten Nahkämpfen wurden sie wieder zurückgeworfen und nur ein kleiner Teil des Grabens blieb in ihrer Hand. Die Höhe 185 selbst ist jetzt in deutscher Besitz. Die Effektivmeldung vom 12. März 1,50 Uhr vormittags, welche die Eroberung des deutschen Grabens in Breite von 1500 Meter und die Eroberung der Höhe 185 meldet, entspricht nicht den Tatsachen.

Der gemeldete Angriff der Engländer südlich von Arras bei Beauraine wurde in drei Sturmwellen vorgetragen. Die erste Welle der englischen Sturmkolonnen, der es in raschem Ansturm gelungen war, in den deutschen Graben einzudringen, wurde im Nahkampf vollkommen vernichtet. Die zweite und dritte Welle wurden noch vor den Hindernissen verlustreich abgewiesen. Ohne die Verluste der ersten Welle verloren die Engländer fünfzig Tote und Verwundete. Die feindliche Unternehmung nördlich der Höhe in der Gegend der Straße Amiens — Rohe scheiterte trotz fünfständiger Vorbereitung durch Artillerie- und Minenwerferfeuer unter schwersten Verlusten, noch bevor die Sturmkolonnen die deutschen Hindernisse erreichten.



## Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 13. März. Generalstabesbericht vom 12. März. Keine neue Nachricht von den beiden Tigrisfronten und von der persischen Front. Es versteht sich trotzdem, daß die dortigen Operationen planmäßig verlaufen. Kaukasusfront. Am gestrigen Tage herrschte auf unserem linken Flügel starke Patrouillenaktivität. Auch fanden beiderseits Erkundungen statt. Wir schlugen Versuche, die der Feind unter dem Schutz heftigen Artilleriefeuers gegen unseren äußersten linken Flügel unternahm, vollständig ab. Von den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 12. März. Bulgarischer Heeresbericht vom 12. März. Razedonische Front. Starke feindliche Abteilungen verführten nach regerer Artilleriebereitschaft in dem schmalen Raum zwischen Ohrida und Prespaes vorzugehen, sie wurden jedoch aufgehalten. Ostlich vom Prespaes bis zur Gerna lebhaftes Artilleriefeuer. Im Gernabogen drang eine deutsche Infanterieabteilung in die feindlichen Schützengräben und brachte Gefangene zurück. Auf der übrigen Front spärliches Artilleriefeuer, an der Struma außerdem auch Patrouillengefächte.

Rumänische Front. Bei Jaccas vereinzelte Artilleriegeschüsse; östlich von Tulcea Postengefächte.

Rumänischer Heeresbericht vom 10. März. An der ganzen Front von Dorna Watra bis zum Schwarzen Meer hat sich die Lage nicht geändert. Man meldet Patrouillengefächte und lebhaftes Geschützfeuer aus der Gegend am Globanaufluß, wo wir einige Gefangene machten. An der Putna und am Gereth zerstreute unsere Artillerie feindliche Arbeiter, die Schützengräben besetzten.

## Gefangenenaustausch mit England.

Berlin, 12. März. (Amtlich.) Die Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und die dadurch hervorgerufene Einschränkung der Beschränkung des Dampferverkehrs zwischen Holland und England wird auf den Austausch deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus England leider nicht ohne Einfluß sein. Jede sich bietende Gelegenheit wird aber benutzt werden, um den weiteren Austausch zu ermöglichen. Die englische Regierung ist rechtzeitig verständigt, daß die Transporte der beiderseitigen Austauschgefangenen durch das Sperrgebiet auf den freigegebenen holländischen Raddampfern von Southwold nach Blyssingen und umgekehrt oder außerhalb der den Seerechtsschiffen gesperrten Zone mit Seerechtsschiffen nach Frankreich—Schweiz und umgekehrt bewirkt werden können.

## Das System

### des preussischen Landwirtschaftsministers vor dem Ausschuss des Reichstags.

Der Ernährungsausschuss des Reichstags besprach in seiner Sitzung vom Dienstag die Denkschrift der Regierung, betreffend die wirtschaftlichen Maßnahmen.

Obert (Soz.) erörtert die Notlage, in der sich gegenwärtig die Städte befinden. Es fehle an Kartoffeln und an einem Ersatz dafür. Wie will man die auf dem Lande noch vorhandenen Lebensmittelbestände erfassen? Welche Freunde sind der Meinung, daß auf dem Lande noch große Bestände sind, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung herangezogen werden können. Es sollten Maßnahmen in Aussicht genommen werden, um den heimlichen Verkauf von Nahrungsmitteleinzelheiten auf dem Lande zu unterbinden. Für die Kartoffeln muß eine neue Verteilung vorgenommen werden, denn einige Lieferungsverbände haben erklärt, daß sie keine Kartoffeln mehr zur Verfügung haben. In dem Falle würden die Bezirke, die aus diesen Verbänden beliefert werden, in große Bedrängnis geraten.

v. Batsch: Der Zweck der Bestandaufnahme, die gegenwärtig vorgenommen wird, ist, eine gerechte Verteilung nach den festgestellten Beständen vorzunehmen. Die Erklärung der Lieferungsverbände ist nicht so tragisch zu nehmen. Es sind noch Kartoffeln vorhanden. Die Sonderzuführung von Lebensmitteln in die Städte hat ihre Bedeutung. Sie verhindert den Landwirt zum Verkauf, während er die Waren absetzen soll. Für die Versorgung fehlt damit jede Übersicht. Es muß überdies, daß die Preise, die sonst immer entschieden für die Höchstpreise eintreten, jetzt dieser Versorgung das Wort reden. Gegen Versorgung in kleinen Mengen werde nicht energisch vorgegangen, aber es haben Leute ihre Dienstboten hinausgeschickt, die Fleisch und Butter aufkauften, obwohl in diesen Kreisen weniger Bedürftigkeit vorhanden ist. Man kann auch den Handel nicht lassen, der versucht, die Waren zu hohen Preisen unterzubringen. Die Schwerkraftarbeiter müssen eine besondere Berücksichtigung erfahren. Die Grenze zu finden, ist sehr schwer. Man verhandelt gegenwärtig mit den Gewerkschaften, um eine allgemeine Abgrenzung festzusetzen.

Burm (Arba.): Die Vorschriften über die Berücksichtigung der Schwerarbeiter sind ungenügend. Die Betriebsunternehmer besäßen sich damit, daß sie überhaupt keinen Unterschied machen, um Reichwerden aus dem Wege zu gehen. Die Rationen für die Großstädte müßten größer bemessen werden als für die Kleinstädte; denn in der Kleinstadt ist eine Versorgung noch eher möglich.

Böhme (natl.) polemisiert gegen den preussischen Landwirtschaftsminister.

Seit der Tätigkeit des Kriegsernährungsamts ist zu konstatieren, daß dem Interesse der kleinen Landwirte mehr Rechnung getragen wurde. Täggen hat sich früher besonders der Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministers gerichtet. Vorzuges hat man sich gegen eine bessere Verteilung der Futtermittel wenden müssen und dabei den Widerstand des Landwirtschaftsministers gefunden, der mehr für die Interessen des Großgrundbesitzes seinen Einfluß geltend machte. Er könne nicht sagen, daß in den Kreisen, die er vertritt, irgendein Vertrauen für den preussischen Landwirtschaftsminister vorhanden sei, und diese sei, daß es durchaus nicht im Interesse der Landwirtschaft lag, als in kurzschäftiger Weise 1915 die Kartoffelhöchstpreise bis auf 8 M. für den Zentner gesteigert wurden. Die überhöhten Preise sind auf den Einfluß von jener Seite zurückzuführen.

Off (Sp.): Das Hin und Her in den Debatten des preussischen Landtages sei nicht erfreulich. Maßnahmen, die für unsere Volksernährung sehr ungenügend wirken, sind vielfach auf den Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministers zurückzuführen.

Schmidt-Berlin (Soz.): Die Kritik, die der preussische Landwirtschaftsminister an der Eingabe der Gewerkschaften geübt hat, nötigen ihn zur Umkehr. Die Fraktion behalte sich die Behandlung der Sache für das Plenum vor. Die Gewerkschaften haben in der Eingabe behauptet, daß der preussische Landwirtschaftsminister der Vater aller Hindernisse in der Lebensmittelversorgung sei. Dafür können wir als Beweis angeben, daß man sich so ziemlich gegen alle organisatorischen Maßnahmen im Reich, die wir gegenwärtig haben, aufgelehnt hat: die Einführung der Weizarte, die Festsetzung von Höchstpreisen für Vieh, die Fleischkarte, die Rationierung von Butter und Fett sind nur im Widerspruch gegen den preussischen Landwirtschaftsminister durchgeführt worden. Mit hohen Preisen wollte man dort die Rationierung vornehmen, ein System, das uns in den Augen gekürzt hätte. Gegen eine Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise und gegen die Rationierung hat man sich mit aller Entschiedenheit gewandt. Unter diesem

### unheilvollen Einfluß

sind uns die Leiden, die der Mangel an Nahrungsmitteln hervorgerufen, unausgesetzt erschwert worden. Wie kann man jetzt verlangen, daß den Landwirten größere Bestände zur freien Verfügung überlassen werden, wenn die städtische Bevölkerung über nichts verfügt? Es fehlt im Landwirtschaftlichen Ministerium jedes Empfinden dafür, was im Interesse der Volksernährung nötig ist. Die Gewerkschaften haben von ihrem Vorkurs nichts zurückzunehmen.

Gerath (Z.): Für die getroffenen Maßnahmen machen wir das Kriegsernährungsamt verantwortlich. Die Stellung des Land-

wirtschaftsministers geht uns nichts an, denn wir wissen gar nicht, welche Stellung das Ministerium im Bundesrat zu den einzelnen Fragen eingenommen hat.

v. Jansenhausen (Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums): Es sei ihm erwünscht, auf die in der Öffentlichkeit vielfach hervorgetragene falsche Auffassung einzugehen, als ob ein Gegensatz zwischen der preussischen Verwaltung und dem Reich bestünde, das sei durchaus nicht der Fall. Es sei nicht richtig, daß der preussische Landwirtschaftsminister gegen Höchstpreise für Getreide war. Im Gegenteil, er hat mit dem Bund der Landwirte diese Forderung begünstigt. Die Preise konnten erst eingeführt werden, nachdem der Handel organisiert war. Auch die Fleischkarte konnte erst später Eingang finden. Das Landwirtschaftsministerium stand allerdings auf dem Standpunkt, daß es besser gewesen wäre, wenn die Gemeinden die Fleischkarten eingeführt hätten. Wenn man im vorigen Jahre keine Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt hätte, so wäre es überflüssig gewesen, ein Verfüterungsüberhol zu erlassen. Er versichert, daß es ihm am liebsten wäre, die Preise so tief zu senken, wie in Friedenszeiten. Denn politisch wird es den Landwirten nicht angenehm sein, wenn ihnen nachher diese Preise vorgerechnet werden. An die Möglichkeit, jetzt mit dem freien Handel auszukommen, denkt niemand. Mit dem Zwang allein erreichen wir nur einen Zustand, der sich fortgesetzt verschlimmert, und der gute Wille muß ausreichend sein, um die Landwirte zur Abgabe ihrer Erzeugnisse zu veranlassen; das Zwangssystem verärgert nur die Leute. Der preussische Landwirtschaftsminister hat sich immer an den guten Willen der Landwirte gewandt und glaube, damit den besten Erfolg zu haben.

Die weitere Debatte wurde auf Mittwoch vormittag vertagt.

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhaus.

#### Eisenbahnerfragen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag zunächst den Etat der Eisenbahnerverwaltung in zweifacher Lesung beendet. Die Debatte, die sich völlig in Einzelheiten verlor, drehte sich in der Hauptsache um Wünsche auf Gewährung von Lohn- und Gehalts- und Lohnerhöhungen und Lohnerzuschügen der Beamten und Arbeiter, Wünsche, denen auch die Regierung eine gewisse Berechtigung nicht aberkennen konnte. Namens der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft machte sich Abg. Paul Hoffmann zum Fürsprecher der Arbeiterforderungen, wobei er sich allerdings nicht auf diesen Punkt beschränkte, sondern darüber hinaus auch Ausführungen allgemeiner politischer Charakter in dem satzungsbekanntem Sinne machte und sich auch in Betrachtungen über das Verhältnis der Verwaltung zum neugegründeten Eisenbahnerverband erging, die von Sachkenntnis nicht getrübt waren. Vielleicht hat der Abg. Hoffmann die Freundlichkeit, den Beweis dafür zu erbringen, daß das Entgegenkommen gegen den genannten Verband nur für die Zeit des Krieges gelten soll. Bemerkenswert ist es, daß der konservative Abg. Wallbaum, der selbst eine führende Rolle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung einnimmt, den Minister gegen Verbände, die nicht auf das Streikrecht ausdrücklich verzichten, scharf zu machen suchte.

Nach Erledigung einiger weiterer kleinerer Etats vertagte sich das Haus auf Mittwoch. Am Mittwoch soll der Etat des Herrenhauses und der des Abgeordnetenhauses beraten werden. Der von uns mitgeteilte nationalliberale Antrag auf Reform des Herrenhauses kommt erst nach Beendigung des Etats getrennt auf die Tagesordnung.

### Regierung und Herrenhaus.

Zu der auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses stehenden Debatte über das Herrenhaus, die sich insbesondere mit den Vorkäufen in der letzten Sitzung des Herrenhauses beschäftigten wird, erfahren wir, daß am Dienstagabend das Staatsministerium eine Sitzung abgehalten hat, um zu dieser Debatte Stellung zu nehmen. In Abgeordnetentreisen weiß man nichts darüber, ob der Ministerpräsident an der heutigen Debatte teilnehmen wird. Es heißt, daß wahrscheinlich der Vizepräsident des Staatsministeriums, Eisenbahnminister v. Preitendach, eine Erklärung abgeben dürfte.

### Die Taktik der Kanzlerfronde.

Die „National-Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von „maßgebender Stelle der nationalliberalen Fraktion im Abgeordnetenhause“, durch welche der innere Zusammenhang zwischen dem Vorstoß des Herrenhauses in der Diätenfrage und den übrigen Aktionen der Gegner der „Neuorientierung“ klar dargelegt wird. Die Zuschrift bekämpft offen, daß der jüngste nationalliberale Antrag auf Reform des Herrenhauses als eine Antwort auf die Ablehnung der Diätenvorlage zu betrachten sei. Man brauche zwar die Rede des Grafen Hord zu Wortenberg nicht zu überschätzen, aber die symptomatische Bedeutung der ganzen Aktion sei nicht zu verkennen.

Der Vorstoß des Herrenhauses richtete sich gegen die ganze sogenannte „Neuorientierung“ und gegen den Reichskanzler, Herrn von Bethmann Hollweg, sowie den Minister des Innern, Herrn von Seefeld. Wie es heißt, wird das Herrenhaus bei seinem nächsten Zusammentritt seine U-Boot-Resolution abermals zum Anlaß nehmen, um einen Vorstoß in gleicher Richtung zu wiederholen.

Eine zweite Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen an das gleiche Blatt sieht gleichfalls den inneren Grund für den Vorstoß des Herrenhauses darin, daß die Regierung bereits jetzt an der Neugestaltung des preussischen Wahlrechts arbeite, was den Konservativen nicht unbekannt sei. Deshalb versuchten sie mit allen Mitteln, den Abschluß dieser Arbeiten zu hintertreiben. Lange Zeit hindurch hätten sie den Kampf gegen den Kanzler mit Mitteln geführt, die sie aus einer Kritik der äußeren Politik genommen hätten.

Kunnehr, wo dies nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, begibt man sich auf ein anderes Gebiet und hat dazu auch schon den ersten Schritt getan. Es ist wohl fraglos, daß weitere Schritte folgen werden, und die Taktik, die eingeschlagen werden soll, liegt bereits jetzt so ziemlich klar zutage.

Daß weitere Vorstöße folgen werden, ist auch unsere Meinung. Vor allem sind sie zu erwarten, sobald die Regierung wirklich die Wahlrechtsvorlage einbringt, was ja wohl erst nach dem Kriege geschehen soll. Aber trotzdem wäre schon heute sehr nützlich, zu erfahren, wie sich die Regierung zu verhalten gedenkt, wenn alsdann etwa jede Wahlreform auf dem preussischen Wege zunächst an jener Unbelehrbarkeit scheitern sollte, die das Herrenhaus eben noch bei der Diätenvorlage gezeigt hat und die man logischerweise bei größeren Angelegenheiten noch weit mehr befürchten muß.

### Z. G. S. und Abgeordnetenhaus.

Wie i. Z. gemeldet, hat das Abgeordnetenhaus folgenden, von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag v. Seydewitz einstimmig angenommen:

Die königliche Staatsregierung wolle in der beschleunigten Staatshaushaltskommission darüber Auskunft geben, wie bei der jetzigen politischen Lage die Versorgung des inneren Marktes durch die Zentralfinanzgesellschaft gefördert wird.

Zur Entgegennahme der in diesem Antrag gewünschten Auskünfte trat der vergrößerte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses Dienstag vormittag zusammen und hielt eine mehrstündige Sitzung ab. Es wurde beschlossen, über die Verhandlungen einen amtlich festgestellten Bericht auszugeben.

## Letzte Nachrichten.

### Die zweite Sitzung der Duma.

Kopenhagen, 12. März. (W. T. S.) Die zweite Reichsdumassitzung hat das gleiche Bild wie die vorhergegangene; Neugierliche Ruhe bei starker innerer Bewegtheit. Der Rabat Nisju-Low verurteilte die allgemeine politische Taktik der Regierung. Seit dem Schluß der vorigen Tagung ist in der inneren Lage eine schwerwiegende Veränderung vor sich gegangen. Der innere Frieden ist jetzt notwendiger denn je, da wir uns in dem entscheidenden Abschnitt des Krieges befinden. Das Land strebt nach einer inneren Organisation, doch die Regierung, die nur um die eigene Existenz besorgt ist, sieht in diesen Bestrebungen eine Gefahr für sich. Kritisch System der Lebensmittelversorgung erbrachte gegenüber den Ergebnissen des gleichen Zeitraums im vorigen Jahre einen großen Misserfolg. Die Lage ist ernst, wir wollen den wahren Zustand des Landes nicht verschweigen. Sobald die Gefahr besteht, daß die Früchte der ungeheuren Volksoffer durch die Unfähigkeit der Regierung vernichtet werden, wird das Volk sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Überall hat jene patriotische Unruhe Platz gegriffen, die unsere Rettung sein wird. Sobald das Land zur Einsicht gelangt, daß mit dieser Regierung der Sieg unmöglich ist, wird es ohne sie zu liegen gebracht.

Der Sprecher der Arbeitergruppe Kerenkij führte aus: Man erzählt uns, daß die Kräfte des Feindes im Annehmen sind, aber auch wir werden schwach. Die Stimmung der Volksmassen sinkt mit unheimlicher Raschheit; wir erleben in unserem Vaterlande eine nach wie dagesessene Bewirrung. Das ganze Wirtschaftsleben des Landes ist ruiniert, es ist so weit gekommen, daß die Kohlentransporte zwischen den einzelnen Gouvernements von bewaffneten Wachabteilungen beschützt werden müssen. Wir befinden uns in dem gleichen Zustande wie Paris zur Zeit der großen Revolution: überall Desorganisation und Demoralisation. Stürmer, Kritisch und Protopow sehen die Arbeit Suchenkinow fort. Dieser desorganisierte den Verteidigungsapparat, jene desorganisieren die Wirtschaft des Landes. Protopow zerstörte die Organisation des gesellschaftlichen Lebens und brachte die Presse in einen Zustand vollkommener Stummheit. Das Transportwesen ist vollkommen desorganisiert, die Industrie vernichtet, die Regierung verwirrt die Theorie der Antimilitaristen, den Krieg durch Desorganisation und Zerstörung unmöglich zu machen. Kerenkij wendet sich gegen die imperialistischen Kriegsziele des Progressiven Blocks: Ihr wollt als Resultat des Krieges Konstantinopel, aber die anarchische Tätigkeit der Regierung schafft ganz andere Resultate; die Zeit ist vorbei, da man aus unserem Lande einen Organismus schaffen konnte, der imstande gewesen wäre, Ostentaten zu vollführen.

Ihr schart euch um das Ideal des Imperialismus, im Verein mit der Regierung bauet ihr Utopien und frechet unerreichbaren Höhen zu, ohne die Lage des Landes zu bedenken. Nach drei Kriegsjahren ist es endlich Zeit, diese Ziele zu liquidieren, wir müssen Bedingungen schaffen, daß unser Volk seine Meinung frei heraussagen darf, wie in Deutschland und England. Eure Kriegslösungen und Eroberungstendenzen werden vom Volk mißbilligt, das Volk will mitreden, wenn über seine Zukunft bestimmt wird. Laßt das Volk zu Worte kommen, und teilt nicht das Vorenthalten, bevor ihr den Vorenthalten.

Der Sozialist Stobekow begründete die Interpellation wegen der Verschüttung der Arbeitergruppe des Kriegsindustriellen-Komitees und führte aus: Die Liquidation der Arbeitergruppe muß als Beginn der Vernichtung der gesellschaftlichen Organisationen überhaupt angesehen werden. In der jetzigen Zeit können die Arbeiter nicht schweigen, sie werden die Möglichkeit finden, ihren Willen durchzusetzen.

Von den Vorkäufen über die zweite Dumassitzung ist sehr bemerkenswert der Ausdruck des Rabattenorgans „Reich“, daß Kerenkij in der Frage der Kriegsziele zwar nicht die volle Zustimmung der Duma gefunden habe, daß jedoch in breiten Volksschichten sowie in gewissen Gruppen der Intelligenz Kerenkij's Standpunkt sehr populär sei. „Reich“ befragt die Ansicht der russischen Gesellschaft in solch wichtiger Frage. „Ruhaja Wolja“ kommt auf Kritisch's Ausführungen zurück und meint, Kritisch hätte zwar das Bestehen eines Lebensmittelsystems nicht zugegeben, doch wirkten seine Mitteilungen im Zarschen Palais über den Stand der Lebensmittelversorgung des Landes auf jeden beängstigend. Unter Fehler ist, schließt „Ruhaja Wolja“, daß wir uns einbilden, gegen den deutschen Militarismus zu kämpfen, gegen uns sieht das ganze vereinigte antibolschewistische und links organisierte deutsche Volk.

### Der Feldzug in Deutsch-Ostafrika.

London, 13. März. (T. N.) In einer Unterredung mit dem Korrespondenten des Reuterschen Bureau gab General Smuts die Erklärung, daß der Feldzug in Deutsch-Ostafrika so ziemlich als beendet angesehen werden kann. Nur die Regenzeit im März und April verzögert noch den vollständigen Abschluß der Operationen, aber nach der Regenzeit werden die Deutschen zur Uebergabe oder zum Ausweichen auf portugiesisches Gebiet gezwungen, woselbst portugiesische Truppen in Bereitschaft gehalten werden. Alle südafrikanischen Truppenabteilungen haben mit einigen Ausnahmen Deutsch-Ostafrika bereits verlassen, so daß der Feldzug nunmehr durch Eingeborenen-Bataillone zur Beendigung kommen soll. Nach Abschluß der Kampfhandlungen werden diese anderswo Verwendung finden.

Was die Reichsarmee anbelangt, so hoffe und erwarte der General, daß diese die Regierung in dem bevorstehenden Kampfe, bei welchem alles auf dem Spiel stehe, kräftigen werde.

### Seine Winterreise in Oesterreich.

Wien, 13. März. („Frankf. Zig.“) Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel auf dem Posten des Reichsministers des Innern werden heute von derselben Quelle aus dementiert.

### Kohlenstapel im Ruhrrevier.

Essen, 13. März. („Frankf. Zig.“) Nach der letzten Bestandaufnahme lagern auf den dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Industriellen Verband etwa 3 Millionen Tonnen Kohlen, Holz und Breckelstein, die sich infolge der großen Verschärfungen der letzten Zeit dort angesammelt haben.

# Gewerkschaftliches.

## Von der Praxis der Werkvereine.

Noch immer lärmten die Gelben über angelegte Zurücksetzung, Terrorismus usw., weil sie jetzt als Arbeitervertreter nicht anerkannt werden. Ihr Organ, „Der Bund“, zeigt in seiner letzten Nummer nicht nur gegen unsere Gewerkschaften, sondern auch gegen die Kampfvereine, „schwarzer“ Färbung. Er prahlt wieder mit den 290 000 Mitgliedern, die die Wirtschaftsfriedlichen aufzuweisen hätten, und wie furchtbar diese durch Regiens Behauptung, sie seien von den Unternehmern gekauft, beleidigt worden wären.

Ein Mitglied eines Werkvereins, das angibt, durch den Krieg ungeliebt zu haben, sendet uns in einer Zeitschrift dazu einige Kommenzare. Es behauptet, daß von den angeblich 290 000 Mitgliedern nicht 1000 übrig blieben, wenn sie nicht durch kolossalen Druck in die Vereine getrieben würden. Die Kollegen selbst, der Meister, der Betriebschef, der Arbeitsnachweis — sie alle zwingen direkt und indirekt den Arbeiter in den Werkverein. Der Arbeitsnachweis, der 50 Pf. Gebühr erhebt, prüft den Arbeitsuchenden erst auf Herz und Nieren, welcher Organisation er angehört. Hat der Arbeitsuchende diese Probe glücklich überstanden, dann folgt das zweite Verhör im Betrieb. Der Betriebschef sagt: „Sie brauchen den Verein nicht beizutreten, aber lassen Sie sich das Statut durch.“ Der Vertrauensmann wird schon deutlicher. Und wenn das nicht reicht, kommt der Meister: „Mir ist es ja ganz egal — aber der Herr Oberingenieur wünscht, daß alle Leute von seiner Abteilung Mitglieder des Werkvereins sind. Bei einer Aussperrung werden Sie ja auch nicht ausgespart.“ Steigt dem Arbeiter etwas an der Arbeitsstelle, so ist er nach diesem „sanften“ Druck wohl oder übel gezwungen, seinen Beitritt zu erklären. „Man fängt sich vor seinen Kollegen an zu schämen, zieht sich von allem zurück und verliert jedes Interesse, läßt die Arbeiter der anderen Betriebe für sich die Kostanten aus dem Feuer holen und gibt sich zufrieden mit den auf „friedlichem“ Wege dann erreichten niedrigeren Löhnen.“ — So der beschriebene Werkvereinsler. Seine Charakteristik der gelben Bewegung ist zwar nicht neu, sie zeigt aber wieder einmal, was es mit der Prahlerei über die große Mitgliederzahl in Wirklichkeit auf sich hat.

Die Nacher der gelben Bewegung tun sich viel darauf zugute, daß die wahre Stimmung in den Betrieben den Werkvereinen zugeneigt ist, wie das insbesondere bei den geheimen Wahlen zu den Arbeiterausschüssen zutage trete. So schreibt jetzt auch wieder der „Bund“ mit Emphase:

„Die geheimen Wahlen, bei denen große Mehrheiten der Arbeiterstimmen auf die Listen des Werkvereins fielen, haben jedenfalls bewiesen, daß die große Mehrheit der Werkvereins-Mitglieder mit Bewußtsein sich losgesagt hat von den Kampfvereinsgrundsätzen und trenn zu ihrem Werkverein hält. Umgekehrt ist es eine allbekannte Tatsache, daß die große Mehrheit der Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften nur durch Zwang und brutalen Terrorismus bei diesen festgehalten wird. Daher auch der kolossale Mitgliederabgang in der Kriegszeit, als die Zwangskette notgedrungen etwas lockerer gelassen werden mußte!“

Das ehemalige Werkvereinsmitglied, das in einem großen Betriebe der Berliner Metallindustrie arbeitet, schreibt uns dazu, daß in dem Betriebe, in dem er beschäftigt wird, abteilungsweise gewählt wird, so daß die Firma immer einen Meister gegen den anderen ausspielen kann. Der Meister hat dann das größte Interesse daran, „gute Wahlen“ in seiner Abteilung zustande zu bringen und die „Verdächtigen“ abzuschreiben. Würde die Direktion den Verein an die Luft setzen (wie sich hierin), dann verläßt der Verein unter Garantie innerhalb acht Tagen 90 Proz. seiner Mitglieder, schreibt unser Einsender.

Heber roten und nun auch schwarzen Terror zu spielen und mit den 290 000 Mitgliedern zu paradiesen, steht also nach diesem Bekenntnis ein, der die Praxis kennengelernt hat und aus der Schule plaudert, den Gelben und ihren Gönnern schlecht an.

## Berlin und Umgegend.

### Das Hilfsdienstgesetz und die Angestellten.

Um für die Wahlen von Angestelltenausschüssen zu wirken, hatten 22 Verbände von kaufmännischen und technischen Angestellten am Montag eine gemeinsame Versammlung nach dem Lehrervereinhaus am Alexanderplatz berufen. Die Angestellten waren dem Ruf in so großer Zahl gefolgt, daß der große Saal samt den Nebenräumen nicht ausreichte, um alle Erschienenen aufzunehmen. Die Absicht der Enderster, in einem anderen Saale desselben Lokals eine zweite Versammlung abzuhalten, scheiterte an dem Widerstand des überwachenden Polizeibeamten. So mußten denn viele, die sich nicht mehr in den überfüllten Saal hineindrängen konnten, unberückte Sache heimkehren.

Als erster Referent sprach Reichstagsabgeordneter Regien. Er schilderte den Zweck sowie den parlamentarischen Werdegang des Hilfsdienstgesetzes und zeigte, daß es infolge der praktischen Mitarbeit der Arbeitervertreter im Reichstage manche Verbesserungen zugunsten der Arbeiter und Angestellten erfahren hat. Besonders wies der Redner darauf hin, daß das Gesetz für die kaufmännischen und technischen Angestellten in den dem Hilfsdienst zugerechneten Betrieben einen Fortschritt gebracht habe, indem es die Einmischung von Angestelltenausschüssen vorsieht. Sache der Angestellten sei es nun, sich dieser Einrichtung in ihrem Interesse zu bedienen. Das könne jedoch nur dann in wirksamer Weise geschehen, wenn die Macht der Organisation für die zweckmäßige Ausführung der betreffenden Gesetzesbestimmungen Sorge. Das Gesetz — so schloß der Redner — hat den Zweck, Deutschland vor einer Niederlage zu bewahren. Wir hoffen, daß dies Ziel bald erreicht und das Hilfsdienstgesetz damit außer Kraft treten wird. Was von unserer Seite zur Erreichung dieses Zieles und zur Durchführung des Gesetzes getan werden kann, das haben wir getan und werden es weiter tun. Wir erwarten aber, daß man dem Empfinden, dem Rechts- und Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer Rechnung trägt.

Der zweite Referent sprach Hans Böckler, ging namentlich auf die Verhältnisse der Angestellten und auf die Rechte ein, die ihnen das Hilfsdienstgesetz gibt. Auch er bezeichnete die Einsetzung von Angestelltenausschüssen als einen Fortschritt und forderte, daß solche Ausschüsse nun auch in allen dem Gesetz unterliegenden Betrieben gewählt werden. Es widerspreche dem Sinn des Gesetzes, wenn ein Ausschuss, weil er dem Leiter des Betriebes nicht gefällt, von diesem aufgelöst wird, wie es in eine Fabrik in Spandau geschehen sei. Eine Schwäche des Gesetzes sei es, daß der Erfolg von Ausführungsbestimmungen über die Tätigkeit der Ausschüsse den Landeszentralbehörden überwiesen werde. Das habe zur Folge, daß die Ausführungsbestimmungen nicht nur sehr verschieden, sondern in manchen Fällen auch recht ungewöhnlich seien. So weisen die Ausführungsbestimmungen für Preußen die Einberufung und Leitung der Angestelltenausschüsse den Arbeitgebern zu. Dadurch würden die Ausschüsse zu einer bloßen Dekoration ohne praktischen Wert gemacht. Der Redner betonte, daß sich die Angestellten gegen ihnen ungünstige Entscheidungen des Ausschusses an die Schlichtungsstelle wenden können. Das sei besonders von Wert, wenn es sich um die Verbesserung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen handelt. Wenn die Schlichtungsstelle entschieden habe, daß sich die Angestellten durch Ueberhang in einem anderen Betrieb verbessern können, dann stehe der Aufgabe der bisherigen Stellung nichts im Wege. Diesen Umstand könnten die Angestellten also zur Verbesserung ihrer Lage, die oft schlechter sei als die der Handarbeiter, ausnutzen. Ein Vorwurf könne dem Unternehmer hieraus nicht gemacht werden, hohen doch manche Unternehmer den Krieg als eine günstige Gelegenheit zur Erlangung materieller Vorteile benutzten.

Nachdem noch eine Vertreterin der weiblichen Angestellten in ähnlichem Sinne gesprochen hatte, nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

Die Versammlung der Privatangestellten Groß-Berlins bedauert es im Interesse einer reibungslosen Durchführung des Hilfsdienst-

gesetzes lebhaft, daß zahlreiche Firmen die Ausdehnung der Wahlen zu den Betriebsausschüssen außerordentlich verzögern. Sie richtet deshalb an das Kriegsamit die dringende Bitte, sich für die Festlegung einer bestimmten Frist einzusetzen, innerhalb derer die Wahlen erledigt sein müssen. Die Versammelten erheben ferner entschiedenen Einspruch gegen eine Gehaltsbestimmung, die von einer Reihe staatlicher Betriebe für die Ausschüsse getroffen worden ist und die dem Leiter des Betriebes das Recht gibt, den Angestelltenauschuss jederzeit aufzulösen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Betriebsausschüsse für dieselbe Zeitdauer gewählt sind, die als Geltungsdauer des Gesetzes selbst vorgesehen ist. Jede vorherige Auflösung durch den Arbeitgeber bedeutet einen Verstoß gegen das Gesetz. Das Kriegsamit wird gebeten, auch hier die notwendigen Garantien gegen Willkürrechte der Unternehmer zu schaffen.

Die in den Album-, Nappens- und Galanteriebetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag eine Branchenversammlung ab, die vom Buchbinderverband einberufen war und in der die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Auge gefaßt wurde. Den Anlaß gab der nahe bevorstehende Ablauf des Tarifs, der bereits im Jahre 1911 abgeschlossen wurde. Die Sauer anschließend, blieb der Tarif ein Auktionsverhältnis von 60 Pf. und für weibliche ein solcher von 35 Pf., während die Akkordpreise binnen einer bestimmten Frist so gestaltet werden sollten, daß jeder Akkordarbeiter mindestens einen Durchschnittsfundenerwerb von 68 Pf. und jede Akkordarbeiterin einen solchen von 40 Pf. erzielen sollte. Vielfach kopierte es aber an einer ordnungsmäßigen Durchführung der tariflichen Abmachungen. Die Arbeiter beschäftigten sich schon voriges Jahr mit dem Ablauf des Vertrages, sie kündigten den Tarif jedoch nicht, weil mit einem baldigen Kriegsende gerechnet und weil ohne die im Felde stehenden Kollegen ein neuer Tarif nicht abgeschlossen werden sollte. Man beschränkte sich auf die Forderung von Teuerungszulagen. Als solche wurden im März vorigen Jahres betraglich 10 Pf. für die Stunde für männliche und 6 Pf. für weibliche Lohnarbeiter, sowie 10 Proz. für Akkordarbeit. Diese Teuerungszulage war bei ihrer Verwilligung durch die Teuerungsverhältnisse schon überholt, daß man bereits im August eine erneute Zulage fordern mußte. Diese wurde erst am 15. Januar dieses Jahres zugestanden. Sie bestand in einem zehnprozentigen Aufschlag auf die einschläglich der früheren Teuerungszulagen erzielten Verdienste. Eine Berechnung ergab, daß sich durch beide Zulagen der Minimalstundenlohn für männliche Arbeiter auf 77 Pf. erhöhte, und das nach sechs Jahren. Das sind Löhne, die Arbeiter in anderen Berufen schon in Friedenszeiten hatten. Redner meinte, darauf müßten die Forderungen lauten, die aus Anlaß des bevorstehenden Tarifablaufs zu erheben wären. Denn ohne weiteres sei klar, daß trotz der zweimaligen geringen Teuerungszulagen die jetzige Entlohnung heute bei weitem nicht den Anforderungen des täglichen Lebens entspricht.

Nach einer Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich im Sinne dieser Ausführungen ausdrückt und durch die die Branchenleitung beauftragt wird, bei den in nächster Zeit stattfindenden Tarifverhandlungen die Forderung einer mindestens 50prozentigen Teuerungszulage auf sämtliche in Friedenszeiten gezahlten Zeit- und Akkordlöhne der Fabrikantenvereinigung gegenüber zu vertreten. — Weiter verpflichteten sich die Versammelten, energisch für den Anlaß der noch fernstehenden an den Buchbinderverband zu werden, um, falls notwendig, mit allem Nachdruck für die aufgestellten Forderungen eintreten zu können.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußlin; für Inserate: Dr. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Streu- u. Postage und Unterhaltungsbeitrag.

Direktion Max Reinhardt:  
**Deutsches Theater.**

7 Uhr zum ersten Male:  
**John Gabriel Borkman.**

**Kammerspiele.**  
7 1/2 Uhr: **Das Konzert.**

**Volksbühne.** Theater am Bülowplatz.  
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**

**Theater i. d. Königgrätzerstr.**  
Heute 7 Uhr zum 1. Male:  
**Totentanz II. Teil.**

**Komödienhaus.**  
7 1/2 Uhr: **Die verlorene Tochter.**

**Berliner Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komödie.**

**Theater für Mittwoch, 14. März.**

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
6 1/2 Uhr: **D. Meistersinger v. Nürnberg**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

**Gebr. Herrfeld-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Der Stolz der Familie**

**Kleines Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.**

**Komische Oper.**  
7 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**

**Lustspielhaus.**  
7 1/2 Uhr: **Die schöne Kubanerin.**

**Neues Operettenhaus.**  
Schiffbld. 4a. Kassentel.: Nord. 281.

7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Viktor Barnowsky.

7 1/2 Uhr: **Die Sorina.**

Donnerstag: **Peer Gynt.**

**Deutsch-Künstler-Theater.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die beiden Klingsberg.**

**URANIA Tanbenstr. 49/49.**  
4 Uhr (halbe Preise):  
**Im U-Boot gegen den Feind.**

8 Uhr:  
**Der Balkanzug**

**und die befreite Donau.**

**Metropol-Theater.**  
7 Uhr  
10 Min.: **Die Csardasfürstin.**

**Residenz-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

**Schiller-Theater O.**  
7 1/2 Uhr: **Der Herr im Hause.**

**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
Zum 1. Male: **Johannes.**

**Thalia-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Das Vagabundenmädchen.**

**Theater am Nollendorfpl.**  
8 1/2 Uhr: **Die Zaubersöhne.**

**Theater des Westens.**  
7 1/2 Uhr: **Die Fahrt ins Glück.**

**Trianon-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Gib auf Hedwig acht.**

**National-Theater, Röp. Str. 68**  
83, 87, 89, 19, I, II, 49, 45, IV, VI,  
28, 36, 37, V, 22, 6, Untergrundb.  
Friedrichs, Städt. Kammermusik.  
Tägl. gültig bis einsch. 25. März 1917.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Unbegrenzt. Erfolg!

**Studentenlieben.**  
Operetten i. 3 Akte. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Musik von Walter Bromme.  
Sorsf. b. Orig.-Bil. 10/2, 2 u. ab. 6 LL.

**WINTERGARTEN**

Hans Wassmann  
und  
Lillebil Christensen  
in  
„Lillebils Hochzeitsreise“

Insenierung von  
Max Reinhardt  
Außerdem der  
große März-Spielplan  
mit  
Oskar Sabo.

**Spollo**

FRIEDRICHSTR. AN DER KÖNIGS-  
Das Theater ist gut geheilt.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Persönliches Gastspiel  
Wanda Treumann  
Viggo Larsen

in ihrem Lustspiel:  
„Die Scheidungsche“  
von William Kahn.  
Vorher: Das vollständig neue  
Varietè-Programm.

**Circus Busch**

Donnerstag, 15. März 1917,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung**

zum Besten der „Franzer“.  
Zur Beschaff. v. Liebesgaben  
f. d. im Felde steh. akt. Reg.  
besw. v. Unterstütz. v. Witwen  
u. Waisen gefall. u. verst. Kam.

Das vorzügliche März-Programm:  
**„Mexikanische Lynchjustiz“**

Das Tom Jack in der Todesfessel,  
usw. usw. Zum Schluß:  
**Die versunkene Stadt.**

Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
„Caharet Feldman“

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonstagsnachmitt. 3 Uhr:  
Vorstellung zu  
ermäßig. Preisen!  
Neues Programm  
für Militärperj.  
an den Soldaten-  
freier Zutritt zu  
b. Stett. Sängern

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 89 Heute Zimmerstr. 90/91.

**Großes Konzert**

des Berliner Konzerthaus-Orchesters  
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag, den 16. März: Vaterländisches Konzert, veranstaltet von den  
Reg.-Ver-einen d. 10. Inf.-Brig. Verein ehem. 12er Gren. u. ehem. 32er.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Der fidele Bauer.**

**Walhalla-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Donneröcher.**  
7 1/2 Uhr: **Das Glücksmädel.**

**Casino-Theater**  
Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr.  
Nur noch bis 27. März

**Zwei helle Berliner**

Border die März-Spezialitäten.  
Rittmoos, den 28. März, a. 1. Male!  
**Wenn's Mailüsterl weht.**

Sonntag 6 Uhr: **Die Tache klappt.**

**Palast**

Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
Die neue Revue  
in 5 Bildern:

**Berlin im Krieg**

**Admiralpalast.**  
Schlittschuhläufer - Ballett  
a. d. Oper „Der Prophet“  
Nur noch kurze Zeit  
das herrliche **Frau Fantasie.**  
Vorzügl. Küche auf all. Plätzen.  
Konz. Einladungs bis 11 1/2 U.

**Possen-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der liegende Holländer.**  
**Der alte Wollf.**

**Zirkus A. Schumann**  
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Heute und täglich

Das equestre Programm.  
Die neuen März-Spezialitäten  
**Käsemetz, d. oriental. Wunder!**  
Adelt u. Coko, d. orig. Spalmsch.  
Emilia Ross.

Antipoden-Spiele mit Hunden.  
**Die Seeräuber.**

Gr. Pracht-Anst.-Pant. i. 4 Akt.  
Sonntags 2 gr. Vorst. zu 7 1/2 u.  
Nachm. 1 angehör. Kind frei,  
jedes weitere Kind halb. Preis.  
Billets ab Frtg. a. d. Zirkusk.

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Tägl. 7 1/2 Uhr:

**Mutterliebe.**

Donnerstag, den 15. März:  
Suechs für Hans Knipfel:  
**Bummelfritze.**

**Meierei C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21. 98/100  
Ältester und größter  
Milchwirtschaftlicher  
— Großbetrieb

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

**Cigarren, Cigaretten, Kautabake**  
Engros  
F. Ernst Borch, Klasonstr. 21.  
**Alkoholf. Getränke**

**Franz Abraham**  
Kass. Meissner- u. Römerstr. 11.  
E. 11. Pariserstr. 14, Fernsp. Kgl. 12708

**Hand-Anstalten**

**Central-Bad** Anzengruberstr. 26.  
Koppenstr. 32  
**Diana-Bad** 48 m. lichte Säler.

**Passage-Bad** Kottbusstr. 73.  
**Reform-Bad, Wiener Str. 64.**  
Bäder- u. Konditoreien

**Oskar Hanke's Brotback.**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Neukölln u. Tempelhof  
Gründet 1892.

F. Kleeowetter, Schilbergstr. 14.  
G. Meier, Grünberg 27.

**Eracheint 2 mal**  
wöchentlich.

Otto Wolff, Treptow, Kröllt. 16  
Lachow, Gr.-Lichterf., Chausseest. 13a

**Bandagen, Gummif.**  
R. Banke, Stralauer Str. 55.  
K. Kraus, Kammgasse 55.  
A. E. Lange, Brandenb. 190

**Wittler, Flor, Käse**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Filialen.

**Gebrüder Manns**  
45 eigene Metallgeschäfte

**Schröter, R.**  
45 Dörkmaschinen

**Uhly & Wolfram**

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**August Holtz** 15 Detail-  
Geschäfte.

**Bierbrauerei, Bierbäckerei**  
**Brauerei Bötzw**  
empfehlen

**Qualitätsbiere**  
ersten Ranges

**C. Habels Brauerei**  
Kell. — Nabelbräu — dankt.

**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg

**Trinkt Wanninger Bier!**  
Weissbier, C. Breithaupt,  
Palaststr. 19 Tel. Exp. 1861, 1862

**Oregon und Farben**  
Werder-Druckerei, Erika-Druckerei

**Eisfabriken**  
**Timmer-Essig**  
überall erhältlich!

**Fleisch- u. Wurstw.**  
**W. Beck**

Inh.: Herm. Garboch  
Charlottenburg, Berlinerstr. 98-100  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik

Willy Gericke, Petersburgerstr. 11  
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 24

**Herron- u. Knabensch.**  
Kasseler, 26, Kass.  
Prinzen-Allee  
Leske & Sipecki, Schilb.-Allee 7  
Fahisch & Co. Eckhaus Linienstr.

**Kolonialwaren**  
Adam Schmitt, Nollendorfstr. 11.

Unterschiedende Geschäfte  
empfehlen sich b. Einkauf.

**Elise, Sahlw, Waffen, Werkz.**  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Rühlmann, P. Mädelstr. 40b, E. Beest

**Mahlhandlungen**  
Bethke, Georg, Kasseler-  
str. 44-46  
Kasseler, Elster 33, Kaiser-Friedr.  
Str. 64, Wustrow 155, Friedrichstr. 72  
Troylow, Grise-Str. 44.

**Gaede, Otto** Charlotten-  
burg  
F. W. Sichter Wrangelstr. 75  
Ecke Currystr.

**Nähmaschinen**  
Bellmann, R., Goltzower, 26  
Nähmaschinen

**Singer**  
**Nähmaschinen**  
Läden in allen Stadtteilen.

**Unterberg**  
SEMPER DEN

**Meierei C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21. 98/100  
Ältester und größter  
Milchwirtschaftlicher  
— Großbetrieb

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alh., Frank, Altona  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
Kassenversicherung, str. 10  
**Spandau**  
9. Februar, Sonntag, 18. Juni, 1917.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung, Dienstag, 13. März 1917, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Zunächst wird das Eisenbahnleihegesetz ohne Debatte an die Subkommission verwiesen.

Darauf wird die zweite Lesung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Abg. Gottschall-Solingen (natl.) trägt Beamtenwünsche vor. Abg. Paul Hoffmann (Soz. Arb.):

Die Zustände bei der Berliner Stadtbahn sind unhaltbar. Besonders auf der Strecke nach Oberschöneweide mit dem starken Arbeiterverkehr sind die Züge stets überfüllt. Züge und Warteväume sind ungeheizt. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter sind zum Leben zu wenig und zum Hungern zu viel. Auch die Teuerungszulagen bedeuten nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Man hat in der Hauptsache nur schöne Worte für die Arbeiter. Das einzige Mittel was die Arbeiter haben, um sich zu helfen, das Koalitionsrecht, wird ihnen nach wie vor geraubt. Die Frauen werden jetzt sehr gelobt, wenn der Krieg zu Ende ist, wird man an diese Worte nicht mehr denken. Man verlangt von ihnen sogar militärischen Druck, auch sie sollen eingedrückt werden. So dauert die Lohnkämpfe und Verklammerung der Eisenbahnarbeiter an. Nach wie vor heißt es bei der Eisenbahn: Herren und Knechte. Dem Eisenbahnverband gegenüber hat der Minister jetzt etwas Entgegenkommen gezeigt, aber nur für die Zeit des Krieges. — Der Redner schildert sehr ausführlich einen Fall eines Kriegsbeschädigten und seiner Frau, die bei einem Eisenbahnunglück bei Wilmshagen verletzt wurden, jetzt beide im Krankenhaus liegen und denen die Eisenbahnerverwaltung schließlich den Gerichtsprozeß in's Haus geschickt hat, um die Prozeßkosten zu zahlen. Ein höherer Beamter habe dem Manne erklärt: das Schicksal seiner Frau kümmere ihn gar nicht. Es komme auf den Buchstaben der Bestimmungen an. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Neulich sprach der Minister des Innern das Wort von dem neuen Geist, der mit dem alten Formelkram aufzukommen soll. Ich frage den Eisenbahnminister, ob er ein solches Vorgehen seiner Untergebenen, das man nur als Gefährlichkeit bezeichnen kann, billigt. Der Geist der Neuorientierung wird auch gekennzeichnet durch die neuen Steuern auf den Verkehr. Das Proletariat hat kein Interesse an dem Wälzergemeißel. Lassen Sie die Lasten des Krieges die Kreuze tragen, in deren Interesse der Krieg geführt wird, die Milliarden daran verdienen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Wir verlangen

Beseitigung der vierten Klasse.

Warum sollen die Arbeiter gerade in Viehwagen fahren? Auch eine Autorität wie Geheimrat Kirchhoff bezeichnet die neue Verkehrssteuer als verkehrshindlich. Die Straßenbahn in Berlin will noch ein besonderes Geschäft dabei machen, indem sie die Preise für das Publikum um wesentlich mehr erhöhen will, als die Verkehrssteuer das bedingt. Für eine Beseitigung der ersten und vierten Klasse tritt auch Geheimrat Kirchhoff ein. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Bei Verwirklichung seiner Vorschläge auf Schaffung von Reichsstraßen würde die neue Verkehrssteuer überflüssig werden. Die preussische Reaktion will die Eisenbahn für Preußen als massende Kuh erhalten, die Kraut- und Schlotbarone sollen so vor weiteren direkten Steuern bewahrt werden. Sie wollen ihre Klassenprivilegien aufrecht erhalten, das ist nur möglich unter dem elendesten aller Wahlsysteme. Daher: Fort mit diesem ganzen System. (Stadl! bei der Soz. Arb.)

Abg. Wallbaum (f.):

Die Uebertreibungen des Vorredners liegen nicht im Interesse der Eisenbahnarbeiter. Wenn er behauptete, das Proletariat habe an dem Krieg kein Interesse, so erinnere ich an die gegenteiligen Äußerungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. — Der Deutsche Eisenbahnerverband hat endlich vorläufig auf das Streikrecht verzichtet. Aber diese Frage kann wieder aufleben und auf keinen Fall dürfte der Minister Streikverbände dulden. Ueber dem Recht des Einzelnen steht die Sicherheit des Vaterlandes. Zur Erfüllung der berechtigten Wünsche unserer Eisenbahner sind wir noch wie vor bereit. (Beifall rechts.)

Abg. Debus (Sp.) erörtert die Wünsche der einzelnen Beamten- und Arbeiterklassen. Nach dem Kriege muß das ganze Verwaltungs-system geändert werden. Als Lokomotivführer dürfen nur wirklich tüchtige, geprüfte Leute beschäftigt werden, schon mit Rücksicht auf die Betriebssicherheit. (Sehr wahr! links.) Bei den Lohnverhandlungen sind die Arbeiter mit den geringsten Löhnen am schlechtesten weggekommen. Leider hat die Eisenbahnerverwaltung die Vertreter der Arbeiterkraft nicht bei der Neuregelung der Löhne gehört; dann wären diese Härten vermieden worden. Das Recht auf Streik haben die Staatsbeamten und Arbeiter nicht. Dafür müssen sie besondere Rechte erhalten, insbesondere Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse, Schlichtungsstellen. Auf Eingaben an Eisenbahndirektionen bekommen die Arbeitervereine häufig überhaupt keine Antwort — auch mir ist es so ergangen. (Hört! hört! links.) Das entspricht nicht den Intentionen des Ministers und zwingt uns, alle einzelnen Beschwerden an die Öffentlichkeit zu dringen. (Ordnung links.)

Unterstaatssekretär Hoff sagt wohlwollende Prüfung der vorgebrachten Wünsche zu.

Der Eisenbahnetat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des

Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten.

Abg. Kaufmann (Z.): Die Katholiken sehen mit großer Beforgnis auf die Lage des heiligen Vaters. Sie behalten die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes fest im Auge und werden gegebenenfalls dafür eintreten. (Ordnung im Zentrum.) Zunächst danken wir, wohl im Namen des ganzen Hauses, dem heiligen Vater für sein großherziges Werten im Interesse aller Kriegsgefangenen. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Abg. Stuewehn (Pol.) schließt sich diesem Dank im Namen der Polen an.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Etat des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses, Etats-gesetz.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Fideikommissgesetz-Ausschuß des Abgeordnetenhauses hat die Beratung über den Abchnitt Stammgüter beendet. Auf Antrag des Zentrums wurde die Vererbungssteuer (das Stammbrot) auf die Stammbrotlinie erhöht und der Erbschaftsteuer vorbehalten, sie noch weiter bis auf drei Viertel zu erhöhen. Ferner wurde der für die Bemessung der Stammbrotsteuer ufm. maßgebende Ertragswert im Gegenlag zu den Bestimmungen des Ergänzungsteuergesetzes dahin abgeändert, daß als Ertragswert gelten soll der Wache Betrag desjenigen Reinertrags, den das

Grundstück bei Bewirtschaftung mit entlohnten Kräften nachhaltig gewährt kann. Hierin liegt eine weitere Vermehrung des zulässigen Umlanges der Stammgüter.

Der Ausschuß trat dann in die Verhandlung des Abschnitts über die Familienleistungen ein. Bei Beratung des Begriffs der Familienmitglieder erklärte der Justizminister im Gegenlag zur Regierungsvorlage und zu seinen früheren eigenen Erklärungen, daß er sich dem Gedanken der Einkünfte hinsichtlich der abweichenden Gestaltung der Familie im Vergleich zum BGB. nicht mehr verschließen wolle und deswegen damit einverstanden sei, wenn die Ansetzung der Einkünfte, im Gegenlag zur Vorlage, nur im demselben Umlange wie im bürgerlichen Recht zulässig sei. Demgemäß wurde beschlossen.

Verkehrssteuern

im Hauptauschuß des Reichstags.

Am Dienstag wurde mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs begonnen.

Abg. Gothein (Sp.) erklärte, daß diese Steuer für seine Partei die unangenehmste von allen sei, die ihr jetzt zugemutet werde. Sie würde sich für diese Steuer nur entschließen können, wenn eine Reihe von Vorschlägen, die sie machte, angenommen werden. So müßten unter allen Umständen die Straßenbahnen und die gleichstehenden Bahnen des Kohlenverkehrs von der Steuer frei bleiben, soweit die Fahrt nicht mehr als 30 Pf. kostet. Ueberhaupt von der Steuer befreit müßte der Kohlentransport bleiben, weil sonst die Kohlen doppelt besteuert würden. Derselben Verbesserung müßten auch für die Binnen-schiffahrt durchgeführt werden.

Abg. Erzberger (Z.) schloß sich den Wünschen des Abg. Gothein im allgemeinen an. Verlangt müsse auch werden, daß jetzt endlich die letzte Belastung des Verkehrs

beschlossen werde. Das sei um so notwendiger, als ja auch eine allgemeine Reform des Eisenbahntariffwesens bevorstehe. So frage sich, ob nicht der Fixstempel für Gütertransport aufgehoben und die neue Abgabe dementsprechend erhöht und abgeflacht werden könne. Auf diese Weise würde die Besteuerung des Verkehrs einheitlich und übersichtlich gestaltet werden. Auch er halte es für notwendig, daß die billigen Fahrzeugarten von der Steuer befreit bleiben; ihm scheint die Grenze von 15 Pf. angemessen. Auch der Verkehr in Automobilen müßte befreit werden, ebenso der in Droschken. Für Karren und Lastwagen könnte eine Ausnahme gemacht werden. Auch seiner Partei scheint es unbedingt notwendig, daß für den Kohlentransport keine Steuer erhoben werde. Die Bestimmung des Gesetzes, daß von der Besteuerung die Beförderung von Gütern freibleiben soll, die dem Zweck des eigenen Betriebsunternehmens dienen, führe zu einem Ausnahmestück der preussisch-hessischen Eisenbahnerverwaltung. Die Beförderung sei für den Bezug der von ihr gebrauchten Gegenstände frei, während die anderen Eisenbahnerverwaltungen die von ihnen gebrauchten Gegenstände aus anderen Bundesstaaten beziehen müssen und daher der Steuer unterliegen. Diese Beschränkung müßte beseitigt werden.

Abg. Biss (natl.) ist grundsätzlich für die neue Steuer. Wenn man die überlasteten Züge und den ungeheuren Sonntagsverkehr betrachte, müße man zu der Erkenntnis gelangen, daß der Verkehr die ihm zugemuteten Kosten durchaus tragen könne. Aber auch er schloß sich den Verbesserungsvorschlägen der beiden Vorredner an. Ganz besonderen Wert legte er darauf, daß bei weiten Entfernungen ein geringerer Steuerfuß festgesetzt werde als bei geringeren Entfernungen, weil sonst die Betriebe, die in Süddeutschland, fern von den Industriezentren gelegen sind, in ihrem Wettbewerbe mit den anderen Fabriken außerordentlich geschädigt werden.

Staatssekretär v. Roeborn versichert, daß beim Güterverkehr die Frage sehr eingehend untersucht worden sei, ob gleichmäßige Verkehrssteuer mit Beibehaltung des Fixstempels oder Erhöhung des Fixstempels mit Staffelung der Steuer durchzuführen werden soll. Die Reichsleitung habe sich zur Beibehaltung des Stempels entschieden, weil er auf weite Entfernungen ausgleichend wirke. Bei den Droschken werde es sehr schwer halten, die richtigen Sätze festzusetzen. Die Automobile seien allerdings nicht genügend zur Steuer herangezogen, jedoch wäre es jetzt noch nicht zu übersehen, wie dieser Mangel am besten beseitigt werden könne. So sehr die Reichsverwaltung es den Arbeitern erleichtern wolle, durch

möglichst billige Straßenbahnfahrt von der Arbeitsstelle

in ihre Wohnung zu kommen, so sei es doch nicht durchführbar, die Straßenbahnen ohne weiteres von der Steuer freizulassen; vielmehr könnten die Straßenbahnen den Ausweg einschlagen, daß auch die Arbeiterfahrkarten zu etwas billigerem Preise einführen und diese würden ohne weiteres nach den Bestimmungen des Gesetzes von der neuen Steuer frei bleiben. Schwieriger sei die Befreiung der Hoch- und Untergrundbahnen, die ohnehin mit überaus hohen Kosten zu rechnen haben. Die Befreiung der Steuer für den Kohlentransport erscheine ihm sehr bedenklich.

Dr. Steger, Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten: Alle Staatsbahnen hätten sich mit der neuen Steuer einverstanden erklärt. So sehr die Steuer für sie belastend sei, müßten sie doch anerkennen, daß kein anderer Ausweg bleibe. Eine Staffelung der Steuer je nach der Entfernung für den Gütertransport sei undurchführbar, weil die Abrechnung zu viel Zeit und zu viel Arbeit erfordere. Beim Transport von Massengütern, namentlich der Kohle, auf weite Entfernungen sei zu berücksichtigen, daß namentlich auch Süddeutschland Wasserstraßen zur Verfügung haben und diese ganz bedeutend billigere Tarife haben als die Eisenbahnen.

Abg. Keil (Soz.) wandte sich gegen den Abg. v. Biss, der auf die überfüllten Züge und den ungeheuren Sonntagsgüterverkehr hingewiesen habe. Heute bei den beschränkten Verkehrsmitteln sei es doch begreiflich, daß die wenigen Züge an Wochen- und Sonntag überfüllt seien. Daraus aber einen Grund für eine neue Steuer zu entnehmen, sei unbedenklich. Auch diese Steuer stelle eine ungerechte Belastung der ärmeren Volkskreise und überdies eine Erschwerung der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Deshalb würden die Sozialdemokraten

unter allen Umständen gegen diese Steuer

stimmten. Daraus, daß diesmal dem Reichstag zum letzten Male eine Verkehrssteuer vorgelegt werde, könne niemand glauben. Außer den von den anderen Parteien bereits besprochenen Verbesserungsvorschlägen könne für seine Partei vor allem in Betracht eine andere Abstufung des Personenverkehrs. Die erste und zweite Klasse müßten, wenn überhaupt eine Belastung des Verkehrs erfolgen sollte, etwas mehr belastet werden, die dritte Klasse dagegen weniger als im Entwurf vorgeschlagen; die vierte Klasse müßte frei bleiben. Ebenso sollten alle Fahrzeugarten bis zum Preise von 60 Pf. freibleiben. Ferner müßte die Beförderung auf Landwegen von der Abgabe verschont bleiben. Für eine Besteuerung der Luxus-Automobile könnte vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien manches angeführt werden. Der Automobilverkehr sei aber nicht immer ein Luxus. In Süddeutschland sei auf den Straßen ein regelmäßiger Automobilverkehr eingerichtet, wo Eisenbahnlinien nicht zu halten sind. Hier wäre jede Besteuerung durch eine Abgabe unverantwortlich.

Abg. v. Camp: Das Reich muß unter den jetzigen Umständen

unbedingt darauf sehen, einen Teil der Ueberschüsse der Verkehrsanklagen zu erlangen. Unter keinen Umständen dürfe in Betracht kommen, was im Plenum angetragen worden sei, daß das Reich Einnahmen besteuere, die die Einzelstaaten aus dem Eisenbahnverkehr haben. Das würde den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reichs völlig beseitigen. Die vierte Klasse ist heute fast bequemer als die dritte; deshalb wäre die Forderung, die vierte Wagenklasse von der Steuer auszunehmen, ganz unbedenklich. Bei den Straßenbahnen müßte man den Ausweg wählen, daß nur die Straßenbahn die Steuer zu tragen habe, die ihren Tarif erhöhe.

Abg. Mumm begründet den Antrag, daß Fahrkarten im Preise unter 60 Pf. und Zeitkarten, sofern der Preis der einzelnen Fahrt weniger als 60 Pf. beträgt, von der Steuer befreit bleiben. Ferner sollte der Reichstag den Reichsanwalt ersuchen, bei den Verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß Arbeiter- und Zeitkarten in geeigneten Fällen auch auf Entfernungen über 60 Kilometer ausgegeben werden.

Abg. Schiele (son.) schloß sich Erzbergers Forderungen an, hat aber Bedenken gegen die Besteuerung der vierten Wagenklasse und der Kleinbahnen.

Staatsminister v. Breitenbach, Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen, teilt mit, daß das preussische Ministerium bereits im zweiten Kriegsjahre mit den Vorarbeiten für diese Steuer begonnen habe, um nicht durch einen solchen Entwurf überrascht zu werden. Eine Belastung von 7 Proz., wie sie der Entwurf vorschreibt, sei für den Verkehr erträglich.

Unmöglich sei die Freistellung der vierten Wagenklasse.

Das würde derselbe Fehler sein, wie er gemacht worden ist bei der Fahrkartensteuer. Die Staffelung der Sätze für den Gütertransport sei undurchführbar. Er bitte dringend, von Ausnahmen von der Steuer abzusehen, weil dadurch der Ertrag der Steuer zu sehr vermindert werde. Soweit durch die Steuer die Lebenshaltung der Arbeiter veräuert werde, müßte eine entsprechende Lohn-erhöhung eintreten.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.) hob hervor, daß die Regierungsvertreter alle Verbesserungs-vorschläge abgelehnt haben, die von den verschiedenen Parteien verlangt worden seien. Die Gründe hierfür seien

durchaus nicht überzeugend.

Die Straßenbahn habe meistens keine Arbeiterfahrkarten, und wo, wie hier in Berlin, Zeitkarten üblich sind, da sind sie meistens für die Arbeiter wertlos. Die Belastung, die sich aus einer Verteuerung der Straßenbahnfahrt ergibt, ist für die Arbeiter verhältnismäßig sehr groß, zumal wenn Frauen und Kinder ebenfalls die Straßenbahn benutzen müssen, um zur Arbeitsstelle zu gelangen. Eine Steigerung des Sonntagsgüterverkehrs sei in der Tat in den letzten Jahren vor dem Kriege eingetreten. Es sei aber mit Fremden zu begründen, wenn die Fabrikarbeiter an den Sonntagen aus der Stadt heraus in die Umgebung, in die freie Natur strebten. Auch durch höhere Löhne werde nicht immer die Verteuerung, die sich aus den neuen Steuern ergebe, wieder gutgemacht. Daher müßten die Arbeitervertreter mit allem Nachdruck gegen eine derartige Steuer auftreten.

Abg. Meyer-Kaufbeuren erklärte es als unbedingte Voraussetzung für die Zustimmung zum Gesetz, daß die Steuer zu geringen Sätzen in Süddeutschland geschaffen werde bei längeren Entfernungen des Güterverkehrs.

Abg. Debus (Soz.) schloß sich den Einwendungen gegen die vorliegende Steuer durchaus an. Die Lage des arbeitenden Volkes ist trotz der Güte des Herrn v. Camp, die für 60 Pf. einmal eine Arbeiterfrau gekauft haben soll, nicht so, daß sie durch eine neue Steuer veräuert werden dürfte.

Staatssekretär v. Roeborn ersucht dringend, daß die Süddeutschen ihre Sonderwünsche zurückstellen. Auch für den Verkehr müßten die Interessen der Gesamtheit entscheidend sein. — Ein Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten legte eingehend dar, daß die Wünsche der Süddeutschen in bezug auf Staffelung der Kosten für den Güterverkehr auf weite Entfernungen am zweckmäßigsten durchgeführt werden könne bei Regelung der Tarife. Sie seien hierfür entscheidend, die jetzige Steuer sei ja nur ein verhältnismäßig geringer Aufschlag zu den Tarifen.

An der weiteren Ausprache beteiligten sich noch die Abg. Schiffer (natl.), Müller-Pulda (Z.), Reichling und Dr. Wiemer (Sp.), Koste und Schulz-Erfurt (Soz.).

In der Abstimmung wurde gleich der erste Absatz des § 1 geändert. Nach dieser Bestimmung sollte der neuen Abgabe unterworfen werden die Beförderung von Personen und Gütern auf Straßen und Seilbahnen sowie auf Wasserstraßen. Die Worte „und Seilbahnen“ wurden gestrichen, ebenso der Absatz 2 des § 1, welcher die Abgabe erließ auf die Beförderung von Personen und Gütern auf Landwegen. Nach der Vorlage sollte die Abgabe zu allen Fahrzeugarten erhoben werden, gleichgültig, auf welchen Betrag sie lauteten.

Ein Antrag der Sozialdemokraten und des Abg. Mumm (D. Fr.), alle Fahrzeugarten bis zum Betrage von 60 Pf. von der Steuer freizulassen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ein Antrag der Freisinnigen, die Fahrkarten bis zu 30 Pf. freizulassen, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und des Abg. Mumm und Henke abgelehnt, und schließlich wurde ein Zentrumsantrag einstimmig angenommen, nach welchem von der Abgabe alle Fahrzeugarten bis 15 Pf. ausgeschlossen werden.

Abgelehnt wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der von der Abgabe befreien wollte die Beförderung in der vierten Wagenklasse.

Angenommen wurde ein nationalliberaler Antrag, der den Bundesrat ermächtigt, auch die Personenbeförderung auf Stadtschnellbahnen von der Abgabe zu befreien, wenn die Herstellungskosten mehr als durchschnittlich zwei Millionen Mark für das Kilometer betragen. Von der Abgabe sollten nach dem Entwurf befreit sein auch die Beförderung von Gütern, die den Zwecken des eigenen Betriebsunternehmens dienen. Diese Bestimmung wurde gestrichen und der Regierung aufgegeben, genaue Grundlagen dafür zu beschaffen, wie diese Last am besten ausgefüllt werden konnte. Infolgedessen mußte die Beratung hier abgebrochen werden und soll am Schluß dieser Woche stattfinden, wenn das Material vorliegt.

Mittwoch: Justizetat, Schaakant, Pensionen.

Aus der Partei.

Zu Alwin Gerichs 60. Geburtstag.

Am 14. März 1857 erblickte Alwin Gerich unter den ärmlichsten Verhältnissen in dem sächsischen Erzgebirgsdorf Reutenfranz das Licht der Welt. Seine an Entbehrungen reiche Proletarierjugend hat ihm eine Fülle Erinnerungen hinterlassen, die er in späteren Jahren als Erzähler mit der Anschaulichkeit des Selbsterlebten dialektisch verarbeitete. Aber alle Not und Sorge vermochten nicht, dem Dasein des hell ins Leben blühenden Arbeiterkinde den Stempel aufzudrücken. Gerichs reichen Gaben und seinem glücklichen Gemüte gelang es, sich wider den Weg nach aufwärts zu bohren bis in die vorderste Reihe der Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse. Nachdem er in seiner Heimat das Fach des Maschinenbauers erlernt hatte, kam Gerich nach Berlin, wo er sich Ende der achtziger Jahre unter dem Sozialistengesetz für die Interessen seiner Berufsgenossen so regen einsetzte, daß sie ihn auf die verschiedensten Vertrauensposten beriefen. Für die sozial-

demokratische Partei zu mischen war damals stark mit persönlichen Gefahren und Opfern verknüpft. Das Gericht unter den schwierigsten Verhältnissen auch in der Partei seinen Mann gestanden hat, bewies der erste Parteitag noch dem Fall des Ausnahmegesetzes. Als die Partei sich in Halle in aller Öffentlichkeit zum erstenmal neu konstituieren konnte, wählte sie neben Paul Singer den damals erst 33jährigen Gericht zu ihrem Vorsitzenden, während Bebel zunächst noch das Kassieramt bekleidete. Erst 1893 auf dem Berliner Parteitag tauschte das Gericht mit Bebel den Posten in der Parteileitung, der er jetzt seit mehr als 16 Jahren angehört.

Das Gericht als Kassierer der größten politischen Organisation der Welt in den folgenden Jahrzehnten geleistet hat, muß später eingehender Würdigung vorbehalten werden. Für heute sei nur soviel gesagt: Wenn die sozialdemokratische Partei mit ihren zahlreichen Unternehmungen die Jahre dieses entsetzlichen Weltkrieges durchhalten konnte, so ist das nicht zuletzt der gesunden Finanzpolitik geschuldet, die in den vergangenen Friedensjahren getrieben wurde und die mit dem Namen Gericht aufs engste verknüpft ist. Gericht war nie reiner Kassen- und Zahlenmensch. Sein Blick ging stets aufs große Ganze. Er hatte nicht nur ein „einnehmendes Wesen“, sondern er war auch dann ein warmer Befürworter größerer Ausgaben, wenn er sich von ihnen einen dauernden Nutzen für die Arbeiterklasse und die Partei versprach. Mit klarem Blick hatte er vor allem frühzeitig erkannt, daß in dem vom Zentrum beherrschten Rheinland-Weistal die zunächst nur langsam Boden gewinnende Parteipresse kräftiger Förderung bedürfte. Die Parteidruckereien und -blätter in Bielefeld, Bodingen, Dortmund, Essen sind heute ein Beweis dafür, daß diese fördernde Arbeit ihre Früchte getragen hat.

Zu Reichstag hat Gericht den Rauenischen Kreis seiner jüdischen Heimat von 1874 bis 1898 und von 1903 bis 1906 vertreten. Bei den Wahlen von 1912 mußte er seiner angegriffenen Gesundheit wegen auf eine Wiedererhebung verzichten. Auch ihm blieb das Schicksal Kurers nicht erspart. In herbzerreibendem Dienste für seine Massengenossen hat er viel zu früh einen guten Teil seiner Gesundheit opfern müssen. In der Gemeindevertretung Treptow wirkt Gericht heute noch tatkräftig als Sozialvater der Winderbemittelten dieser aufstrebenden Gemeinde.

In seiner umfassenden Tätigkeit für Partei und Gewerkschaft hat sich das Leben Gerichts aber nicht erschöpft. In den letzten Jahren hat er der Arbeiterklasse eine Reihe Erzählungen geschenkt, die ihres im besten Sinne volkstümlichen Inhalts wegen die große Verbreitung verdienen, die sie gefunden haben. (Von größeren Arbeiten sind „Erntedank“ und „Der Gotteslästerer“ in Buchform im Verlag der Vorwärts-Buchhandlung erschienen. Die „Hüterhütte“ wurde in der „Neuen Welt“ veröffentlicht.) In ihnen spricht das reiche Gemüt eines von den schönsten Idealen erfüllten sozialistischen Dichters zu den Männern und Frauen und nicht zuletzt zur Jugend der Arbeiterklasse. Gericht kennt die Schattenseiten des Arbeiterlebens wie kein zweiter, aber er sieht auch als Sozialist den Weg klar vor sich, der aus all diesem Elend herausführen soll. Den Willen, diesen Weg zu betreten, haben auch die Diebingsgestalten seiner Erzählerphantasie, deshalb sind die Erzählungen Gerichts auch Agitationsliteratur im besten Sinne des Wortes.

So veripridet uns dieses Leben, auch in Zukunft noch manches zu geben. Gewiß, die Kriegsjahre haben Gericht manche sehr bittere Stunde beiseit. Wer die Einseitigkeit und die Geschlossenheit der Partei für etwas so einfach Selbstverständliches hielt, den mußte es tief schmerzen, zu sehen, wie die Spaltungstreiber der Opposition sein Lebenswerk zu stören versuchten. Wir können deshalb dem Publikum heute nichts Besseres wünschen, als daß er uns noch viele Jahre möge erhalten bleiben, damit er erleben kann, wie diesem Verhörungs- werk schließlich doch der Erfolg beschieden sein muß, weil der Sinn der deutschen Arbeiterklasse so gesund ist, wie er selbst ihn stets eingeschätzt hat. H. M.

Eine Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Halle hat mit allen gegen zwei Stimmen eine Entschließung angenommen, in welcher auf schärfste gegen die Hinausweisung der „Arbeitsgemeinschaft“ protestiert wird. In der Resolution heißt es unter anderem:

Die fortgesetzte Verwilligung der Mittel für den Krieg, die Zustimmung zu Arbeitszwangsangelegenheiten, die Anlehnung an die bürgerlich-nationalistische Politik bedeutet ein Aufgeben der selbständigen sozialistischen Klassenpolitik und führt in ihrer Fortsetzung unvermeidlich zur Umwandlung der Partei in eine kraftlose nationalsozialistische Reformpartei.

Belamlich befinden sich unter den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft nicht wenige, die zwei, drei, ja viermal für die Kriegskredite stimmten, ehe sie ihren „prinzipiellen“ Standpunkt erkannten. Wir nehmen an, daß sich auf diese die vorstehenden Sätze gleichfalls beziehen.

### Flugblattprozeß.

Das Reichsgericht verhandelte am 8. März gegen den Druckermeister Müller in Schleuditz und dessen Schwiegerohn Häbler wegen Verstoßes zum verbotenen Landesverrat, verübt durch den Druck eines Flugblattes. Müller wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Häbler zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden Müller die Ehrenrechte auf die Dauer von fünf, Häbler auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Von der sechsmonatigen Untersuchungszeit wurden den Verurteilten je zwei Monate angerechnet.

## Aus Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Gesellschaft für Elektrische Hoch- und Untergrundbahnen verteilt 3 Proz. Dividende gegen 4 Proz. im Vorjahre. Trotz der Herabsetzung der Dividende und der Steigerung der Einnahmen von 9,2 auf 10,3 Millionen Mark sind die Betriebsausgaben so gestiegen, daß auch die herabgesetzte Dividende von 3 Proz. nur unter teilweiser Heranziehung des Beitrages aus dem Vorjahre gezahlt werden konnte. Zur näheren Beurteilung der Finanzlage der Gesellschaft sind die detaillierten Abwägungstabellen notwendig.

### Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Der Herausgeber des österreichischen „Volkswirts“, Dr. Gustav Stolper, teilt in der „Wienschen Zeitung“ über den sozialpolitischen Inhalt des österreichisch-ungarischen Ausgleiches mit: „Ungarischen Wünschen nach Erhöhung der Gehälter haben österreichische nach industriellen Forderungen entgegengekommen. Soweit bekannt wurde, hat die österreichische Regierung einer Herabsetzung der Gehälter und Forderungen, Ungarn der längst geforderten Herabsetzung der Gehälter zugestimmt. Ueberdies hat sich Ungarn zur Erhöhung eines Hilfskontingents gegenüber den Balkanstaaten und zur Erleichterung der Einfuhr von Getreide bereitgefunden. Die Getreidepreise sind unverändert geblieben.“

## Aus Groß-Berlin.

### Armenunterstützung, Staatsbürgerrechte und Kriegsfürsorge.

Der Magistrat Berlin (gez. Vermuth) hat dem Oberpräsidenten in Sachen des Gemeindefürsorge im Anschluß an die schon mitgeteilte Petition an das Abgeordnetenhaus folgende Eingabe unterbreitet: Bei den gegenwärtigen sozialpolitischen und Rechtsansichtungen wird das Fehlen gesetzlicher Bestimmungen, wie sie das Reichsgesetz vom 15. 8. 09 für das Reichsrecht trifft, in der preußischen Landes- und Gemeindeverwaltungsgesetzgebung an sich als ein Mißstand empfunden. Die Verhältnisse der Rechtsgrundlagen, wie sie jetzt auf dem Gebiet öffentlicher Unterstellungen für das Reichs- und Landesrecht gelten, wird sich ohne tiefere Verletzung des Volksempfindens fernerhin nicht aufrecht erhalten lassen; Gründe einer abweichenden Behandlung ein und derselben Frage für das Landesrecht sind nicht ersichtlich. Ein besonderer Mißstand des bisherigen landesgesetzlichen Zustandes ist noch in folgendem zu finden: Bei dem gegenwärtigen Rechtszustand bringt jede Art öffentliche Armenunterstützung, also auch die im Reichsgesetz erwähnten Arten für den Empfänger den Mangel der Schmälerung seiner staatsbürgerlichen Stellung mit sich. Wo armenrechtliche Organe in einem Zustand eingreifen, der eine Fürsorge erfordert, ist die Vorstellung des Verlustes des Bürgerrechts die nächste, die den von der Fürsorge Betroffenen unmittelbar erfüllt; sie ist mit dem Wirken jener Organe untrennbar verbunden. Dieser Umstand aber macht es einer öffentlichen Verwaltung unmöglich, sich der Organe der Armenverwaltung zur Ausbildung anderer als armenrechtlicher Fürsorgeorgane, d. i. z. B. für die Wohlfahrtspflege, insbesondere für die Kriegsfürsorge zu bedienen. Es erwacht der Verwaltung beim die Aufgabe, neue Organisationen erst zu schaffen. Dies erfordert einen besonderen und großen Aufwand an Zeit, Kräften, Kosten usw., der sehr wohl erhart werden könnte. Durch diese Umstände und Umwege ist jedenfalls die Wohlfahrts- und gerade die Kriegsfürsorge ganz wesentlich erschwert. Anders als durch eine geeignete Maßnahme wird sich der Zwiespalt des Reichs- und Landesrechts auf dem Gebiet öffentlicher Unterstellungen schwerlich aufheben lassen, da, vornehmlich im Hinblick auf die Rechtsprechung des obersten Verwaltungsgerichtshofes, eine Auslegung der preussischen Gemeindeverfassungsgesetze im Sinne der Normen des Reichsgesetzes vom 15. März 1909 von Gemeindeverwaltungswegen nicht Platz gegriffen hat. Eins kann allerdings für Berlin auch bei der jetzigen gesetzlichen Lage als sicher angesehen werden, daß die Gemeindebehörden, denen die infolge des Krieges eingerichtete Kriegswohlfahrtsfürsorge zuteil wird, aus diesem Grunde nicht ihr Wahlrecht bei den kommunalen Wahlen verlieren.

### Die unverbesserliche Volkspflege.

Die Beschwerden über die Berliner Volkspflege sind in der letzten Sitzung ihres Bezirks von der Verwaltung als berechtigt anerkannt worden. Wir hoffen, daß nur auch die Beförderung nicht allzu lange auf sich warten lassen werde. Aber eine uns zugegangene neue Klage zeigt, daß nicht einmal die doch gewiß rasch zu beseitigende Anapplerie bei der Speisenzubereitung aufgehört hat. Der vielbeklagte Mangel, daß oft in den Ausgabestellen die angelieferten Speisemengen nicht für alle gemeinteten Teilnehmer reichten, wird uns jetzt auch aus der Ausgabestelle in der Höchststraße berichtet. Ein Arbeiter, der dort angekommen war, mußte am Sonnabend (10. März) etwa um 1/2 zusammen mit anderen Personen ohne Essen wieder dahingehen, weil der Vorrat schon aufgebraucht war. Er hatte dann das Vergnügen, bis zum Abend um 8 mit leerem Magen seine Arbeit zu tun. Am Sonntag (11. März) war er vor der Ausgabestelle, mit Hunderten zusammen durch einen Polizeibeamten auf dem Hof in Reich und Gled aufgestellt, etwa anderthalb Stunden — und mußte um 1/2 sich wieder setzen lassen, daß die Speisen nicht reichten und daß alle noch Wartenden für gegen Hingabe der Kartoffeln und Fleischarten bestelltes und im voraus bezahltes Essen am Montag nachgeliefert erhalten sollten. Hunger und ausgefroren ging der Mann nach Hause, wo er, der als alleinlebender Winterwirtschafter, mit einem noch vorhandenen Kohlenvorrat und im übrigen mit Ausnutzung der verprochenen doppelten Montagsportion sich über den Sonntag hinweghelfen mußte. Angenehm, nicht wahr?

### Neue Bestimmungen für den Zuckerbezug.

Zum 1. April findet eine allgemeine Neuanmeldung des Zuckerbezuges beim Kleinhandel statt. Mit dem 31. März verlieren die bisherigen Kundenlisten ihre Gültigkeit. Die Zuckerarten haben von jetzt ab zwei Kontrollabstufungen, die mit dem Namen und der Wohnung des Karteninhabers und des Kleinhandlers zu versehen, vom Händler abzunehmen und als Kundenverzeichnis aufzubewahren sind. — Vom 1. April werden übrigens Zulassungskarten, die zum Bezuge von 1/2 Pfd. Zucker monatlich berechtigen, an sämtliche Kinder, die nach dem 1. April 1911 geboren sind, ausgegeben werden. Diese Zulassungskarten werden von den zuständigen Volkskommissionen nach Vorlegung einer amtlichen Bescheinigung über das Alter des in Betracht kommenden Kindes ausgegeben.

Impfungen. Da sich die Mängelstellen des Impfschals in der Gemeindefürsorge 89, Dörfelmeierstr. 12, als unzulänglich erwiesen haben, sollen die bisher hier vorgenommenen Impfungen von heute Mittwoch, den 14. März, ab in der Vollsbadanstalt, Oberberger Straße 57/59, täglich um 6 Uhr ausgeführt werden.

Konzerteinladung für Kriegsblinde und Kriegsbefähigte. Am Sonnabend, den 17. März, abends 7 Uhr, wird ein Konzert in der Singakademie veranstaltet, ausgeführt vom „Witwen-Orchester“, unter Leitung des Musikdirektors V. Scheinplag. Für entlassene Kriegsinvaliden sind im Bureau der Vereinigung zur Förderung der Kriegsbefähigten, Ankehlung, Prinzenstraße 70, Eingang III, Karten gegen Ausweis unentgeltlich zu haben.

Kaubücherverkauf auf einem Gymnasialhof. Ein seltsames Abenteuer, das noch der Aufführung bedarf, hat ein 14jähriger Gymnasiast in Lichterfelde gehabt. Der Schüler befand sich in den Vormittagsstunden auf einem Spaziergange in dem in der Nähe der Adelferien gelegenen Landengelände. Dort wurde er von einem älteren Mann angesprochen, der ihn fragte, ob er nicht ganz billig eine junge Biere kaufen wolle. Der außerordentlich niedrige Preis — 30 Pf. — verlockte den Schüler, auf das Angebot einzugehen. Er begab sich mit dem Manne nach einer Laube. Kaum hatte er diese betreten, als ein etwa 18jähriger Junge, der sich in dem Raum versteckt hatte, auf ihn sprang und ihn zu Boden warf. Beide Männer fielen den Beifolken und blühten ihn dann vollständig aus. Sie nahmen dem Knaben die Geldbörse, den Hut und sogar den Kragen vom Halse weg und entflohen mit der Beute. Dem Gefesselten gelang es erst nach längerer Zeit, sich zu befreien. Die Nachforschungen nach den beiden Tätern waren bisher erfolglos.

In Krankenhäuser gestorben ist die 83jährige Alice Gummann, die vor einigen Tagen nach ihrer polizeilichen Vernehmung im Schöneberger Polizeipräsidium einen Selbstmordversuch verübte, indem sie Gift nahm.

## Aus den Gemeinden.

### Lebensmitteldebatte in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Reichliche Versorgung und Beteiligung von Lebensmitteln und Selbstversorgung mit Früchtemilch und Kartoffeln beschäftigte die Stadtverordneten in der Montagversammlung. Dieser von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag wurde vom Gewissen G. Hoffmann dahin begründet, daß die große Menge der Bevölkerung immer noch in unzureichendem Maße Lebensmittel

erhält, während der Bevölkerung über Beschaffung habe, sich solche zu beschaffen. Die Beschaffung auf den Bahnhöfen bewirke, daß auf dem Lande noch reichlich Lebensmittel vorhanden seien, die nur richtig rationiert werden müßten. Kartoffeln seien schon seit langer Zeit nicht vorhanden und die letzten verlaufen ungenügend gemein. Getreide und Kartoffeln müßten unter starker Kontrolle gestellt werden. Während der großen Kälte sind auf der Eisenbahn beim Transport viele Kartoffeln dem Frost ausgelegt gewesen. Stadteigentümer an Reichstag, Reichsanwalt und Landtag hätte der Magistrat in Bewegung setzen sollen, damit die Zustände gebessert werden. Die Verantwortung für die sich ergebenden Folgen müsse die sozialdemokratische Fraktion ablehnen.

Überbürgermeister Dominikus erklärte, daß alles, was an Lebensmitteln überwiesen wurde, gewissenhaft benutzt worden ist. Die Ueberweisung eines bestimmten Kartoffelkontingents hat bewiesen, daß das, was da war, auch gegeben wurde. Auf welchem Wege die Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen, sei gegen Treu und Glauben und berichte gegen das Gesetz. Die Ausführungen des Staatskommissars Michaels sollten allen Anlauf zu ernstem Nachdenken geben. Die Kol wird noch eher freigen als nachlassen, da heißt es zusammenhalten. — Heile (Sib. Kraft) meint, die Einbringung eines derartigen Antrages zu jeder Zeit müsse in Erwägung sein. Es sei an Lebensmitteln herangebracht worden, was zu erlangen war. Das Neben nütze nichts, wenn keine praktischen Vorschläge gemacht werden. Die Städte konnten nicht alles in eigener Regie ausführen. — Nachdem noch die Genossen Petersen und Röhls nachdrücklich die Ausführungen des Antragstellers unterstützt hatten, wurde einem Antrag Heile zugestimmt, den sozialdemokratischen Antrag durch die Aussprache als erledigt zu betrachten.

Die Hinausweisung von 4500 Kindern aufs Land wurde gutgeheißen. Die Kinder von Eltern, die nicht zahlen können, sollen trotzdem mit hinauskommen. Auch Kriegsunterstützung soll nicht in Abzug gebracht werden. Der Lehrer, der die Kinder beaufsichtigt, erteilt auch den Unterricht. Außerdem werden die Mitglieder der Wohlfahrtsdeputation hinausgeschickt, um sich zu überführen, ob die Kinder gut untergebracht sind und mit Arbeiten nicht überlastet werden. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Der Haushaltsplan, der vom Ausschuss durchberaten war, lag zur Beschlußfassung vor. Ein gemeinsamer Antrag forderte: Der Magistrat soll bei den Vorarbeiten der Städtelegung dahin wirken, daß auf die Tagesordnung der diesjährigen Beratungen eine bessere Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, ferner Fragen der kommunalpolitischen Neuorganisation, insbesondere der Erweiterung der Selbstverwaltung und Schaffung eines zeitgemäßen Wahlrechts gebracht werden. Dieser Antrag wurde angenommen.

Sodann wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt: Der Magistrat wird ersucht, bei den gesetzgebenden Körpern Preussens für eine Abänderung des Einkommensteuer- und Kommunalabgabengesetzes vorzuarbeiten, die es den Gemeinden ermöglicht, Einkommen bis 1200 Mark vom Aufschlag zur Staatskommunalsteuer freizulassen.

Genosse Müller wies darauf hin, daß der Wert des Geldes bedeutend gesunken sei und die Erhebung des Differenzbetrages zwischen 900 bis 1200 M. zu gering wäre. Auch wären die niederen Einkommen erheblich zurückgegangen, so daß der 900 M. Betrag nicht mehr zu rechtfertigen wäre.

Jobel (Sib. Kraft) ersucht um Ablehnung des Antrages, der vor sechs Jahren schon einmal vorgelegen und den Gemeinden Groß-Berlins überwiesen wurde. Er beantragt, diesen Antrag wiederum dem Magistrat zu überweisen mit dem Ersuchen, daß die Gemeinden Groß-Berlins sich damit beschäftigen mögen. In der Abstimmung wurde der Antrag Jobel angenommen und danach dem Haushaltsplan ein Eintrag zugestimmt. Für das laufende Jahr werden 170 Pfd. Zucker zu der Staatskommunalsteuer erhoben und die Hundsteuer für den ersten Hund auf 50 M. und jeden weiteren Hund um je 30 M. höher festgesetzt. Alle übrigen Sätze bleiben so wie im Vorjahre bestehen. Das Ordinarium der Fortbildungsschule wurde einer Änderung unterworfen; Genosse Petersen beantragte dabei, daß alle Schulmittel unentgeltlich geliefert werden sollten, auch Geld- oder Arreststrafen bürten nicht festgesetzt werden. Die liberalen Fraktionen lehnten auch diese keinen beschließbaren Forderungen ab.

Weitere Ausfertigung der Schuhwaren-Bezugscheine in Charlottenburg. Der Magistrat schreibt uns: Bei dem Publikum hat sich die letzte Ansicht gebildet, daß von nächster Zeit ab die Ausstellung von Bezugscheinen für Schuhwaren eingestellt wird. Wahrscheinlich ist diese Ansicht hervorgerufen durch die Bekundenaufnahme an Schuhwaren und durch die Meldung, daß mehrere Schuhfabriken die Fabrikation für den Privatgebrauch eingestellt haben und nur noch für Herrenschuhe arbeiten. Diese Annahme ist vollkommen grundlos. In der Ausgabe für Bezugscheine für Schuhwaren wird eine Änderung nicht eintreten. Durch den Sturm auf die Bezugscheinstellen trägt das Publikum nur dazu bei, daß der ordnungsmäßige Betrieb dieser Stellen gestört wird, und daß die Verwaltungsbürokratie, wenn dieser Sturm nicht nachläßt, zu einer Schließung der Bezugscheinstellen gezwungen ist.

Fleischversorgung in Neutölln. Für den Umkreis der Fleischtorten gegen Bezugscheine auf Gruppen, Griech usw. wird in nächster Zeit ein vereinfachtes Verfahren eingeführt werden, wodurch den Einwohnern der Gang nach dem Metzger erspart wird. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

Nach einem Beschlusse der Kriegswohlfahrtskommission dürfen in Zukunft nur noch folgende Wurstarten hergestellt werden: Braunwurst zum Preise von 3,20 M. je Pfund; Landlieberwurst zum Preise von 2,40 M. je Pfund; frische Leber- und Blutwurst mit Semmelauflage zum Preise von 1,40 M. je Pfund; frische Schwärzwurst zum Preise von 2 M. je Pfund; frische Bräthwurst zum Preise von 2 M. je Pfund.

Zur Ausfertigung von Notfähigkeitsurteilen ist von jetzt ab nur der Schlichtermeister Lustig, Neutölln, Rikardstr. 23, berechtigt.

### Unentgeltliche Impfung.

Diejenigen Charlottenburger Einwohner, die sich freiwillig impfen lassen wollen und nicht in der Lage sind, die Kosten zu tragen, haben jetzt Gelegenheit zur unentgeltlichen unentgeltlichen Impfung. Sie müssen sich zu diesem Zweck von dem Armenkommissions-Vorsteher ihres Bezirks eine Bescheinigung der Mittellosigkeit geben lassen und mit dieser sich an den zuständigen Stadtarzt wenden. Ebenso erhalten sämtliche Einwohner, die für sich oder ihre Angehörigen Kriegsunterstützung erhalten, nach Anmeldung bei ihrer Kriegsunterstützungskommission eine Anweisung für unentgeltliche Impfung an einen der vom Magistrat verpflichteten Ärzte.

Wenn schon der Magistrat sich zur unentgeltlichen Impfung bereit erklärt hat, so sollte er vor allem bei dieser Einrichtung den Charakter einer Armenunterstützung vermeiden. Vielleicht könnte man sich dazu aufswängen, nach Schöneberger Vorbild einfach eine Begünstigung als Ortsangehöriger zu verlangen.

Schöneberg. In der Turnhalle der städtischen Fortbildungsschule Köpenickerstraße 15 findet von jetzt ab bis auf weiteres wochentags unentgeltliche öffentliche Bodenimpfung statt, und zwar für Frauen: Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, für Männer: Freitags und Sonnabends, in der Zeit von 1/2—1/3 Uhr nachmittags.

Durch diese Impfung wird die gefürchtete wochenlange Erstimpfung und Wiederimpfung der einjährigen und zwölfjährigen Kinder nicht berührt. Diese Impfungen werden gesondert feststehenden an noch bekannt zu gebenden Terminen. Durch letztere Impfungen sind gegen Erkrankung an Socken geschützt alle Kinder bis zum 6. Lebensjahre und alle Jugendlichen vom 12. bis 17. Lebensjahre.









